

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Ml.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenzeilspalten Bestelle oder deren Raum 180 Dlg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsangelegen 150 Dlg., Reklamen 500 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, ardhertz früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293.

Mittwoch, den 15. Dezember 1920.

27. Jahrgang.

Die schwarze Internationale.

Die bürgerlichen Politiker spötteln gern über alle Bestrebungen der Arbeiterschaft, sich international zu verständigen. Dabei wissen sie sehr gut, daß dieses Streben jeder wirklich großen und umfassenden Bewegung eingeht. Die Arbeiter der Welt sind durch die „gelbe Internationale“ des Kapitals und die „schwarze Internationale“ des Proletariats in den Plan gefaßt. Nur wo solche Pläne nicht sonderlich stören, werden sie anerkannt und befolgt. Der „roten Internationale“ predigt man die abgelebten Redensarten und glaubt die Arbeiter aller Länder zu verwirren, wenn man nationale Gegensätze ausspielt. Selbst handelt man nach ganz anderen Grundsätzen. Die gleichen Leute, die nicht genug faule Gründe gegen die Internationale der Arbeiterschaft vorbringen können, wissen ausgezeichnet Bescheid über die gemeinsame Solidarität der von ihnen vertretenen Klassen über alle Landesgrenzen hinweg.

Der bayerische Politiker und Bauernführer, Dr. Georg Heim, hat sich in seinen Bauernversammlungen über den internationalen Schwarzwald der deutschen Arbeiterschaft kräftig losgezogen. Es läßt sich dazu ja so leicht der Gegensatz des lebhafte, bodenständigen Landmannes aufstellen, der sein Vaterland über alles liebt. Wenn er auch den Städten Milch, Fleisch, Eier und Mehl von Woche zu Woche verteuert! Darüber schweigt man sich eben in allen Sprachen und Dialekten aus. Derselbe Dr. Heim, dessen Name heute ein politisches Programm bedeutet, ist aber ein viel zu weitblickender Kopf, um nicht zu sehen, daß der Zwang zu internationalen Beziehungen in den Verhältnissen der Zeit liegt. Dr. Heim ist sich klar darüber, daß die Landwirtschaft in allen europäischen Kulturstaaten durch die Entwicklung immer mehr aufgerührt wird. Die alten, patriarchalischen Zustände lassen sich schwer in einer Wirtschaft behaupten, die mit Motorpflug und Lokomobile arbeitet. Immer stärker dringt die moderne Technik in die Landwirtschaft ein und wird dort nicht weniger umwälzend wirken wie in der Industrie. Die Landarbeiter, vor dem Krieg noch der rückständigste Teil des Proletariats, sind heute schon mächtig aufgerührt und werden sich immer klarer über ihre Klassenlage. Der Nährstand, bisher immer noch die stärkste Stütze einer konservativen Staats- und Gesellschaftsverfassung, muß sich umschichten nach den Bedürfnissen, die Krieg und Revolution in den meisten europäischen Ländern geschaffen haben.

Über alle diese Vorgänge ist sich Dr. Heim sicher klar. Er sieht Möglichkeiten voraus, die ganz neue Lagen schaffen; gewiß nicht über Nacht, doch in absehbarer Zeit. Um gegen sie für alle Fälle gerüstet zu sein, hat sich der bayerische Bauernführer seine Gedanken gemacht über einen internationalen Zusammenschluß der Landwirtschaft. In der „Röschschen Zeitung“ vom 8. Dezember legt er diese Gedanken unter dem Titel: „Die „grüne Internationale“ der Deffentlichkeit vor. Zunächst ist dieser Aufruf ein Beweis für den übermächtigen Zwang zu internationaler Vereinbarung und Regelung, der heute durch unser Leben geht. Wenn selbst ein eingeleiteter Partikularist wie Heim diesen Zwang anerkennt, wird man darin die glänzendste Bestätigung erblicken dürfen für die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft. In dem Aufruf Dr. Heims heißt es:

„Der Gedanke einer internationalen Vereinigung der Landwirtschaft ist in Europa ganz spontan, ohne vorherige Fühlungnahme in verschiedenen Ländern, von ganz verschiedenen Männern zur Diskussion gestellt worden, das erstemal von mir in einer Korrespondenz mit dem Generalsekretär der Schweizer Bauernschaft, Professor Dr. Lauer, im November 1918.

Politische Gründe ließen es geboten erscheinen, vorerst den Gedanken nicht weiter zu verfolgen. Es war mir von allem Anfang an klar, daß die Anregung von einem neutralen Lande erfolgen müsse. Im Jahre 1919 und noch lebhafter im Jahre 1920 wurde die Idee in Ungarn, Holland und in den skandinavischen Ländern, neuerdings auch in Italien und Spanien, aufgegriffen. Seit Jahresfrist erfolgt ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Führern der Landwirtschaft fast aller Länder Europas.“

Die politischen Gründe, die es Heim von Anfang an klar machten, daß die Anregung von einem neutralen Lande erfolgen müsse, sind sehr einfach. Heim hätte seine ganze Innenpolitik aufstellen müssen, wenn er als Vater eines internationalen Zusammenschlusses der Landwirtschaft aufgetreten wäre. Sehr aufschlußreich ist der sicher äußerst vorläufige Bericht Heims über einen Kongreß. Er läßt darüber wissen:

„Im Späthommer dieses Jahres tagte in Straßburg ein Kongreß, einberufen vom Societe des agriculteurs de France und der Union Centrale des Syndicats des agriculteurs de France. Anwesend waren Vertreter der Schweiz, Hollands, Bulgariens, der Tschechoslowakei und von den meisten Entente-Ländern. Der Verlauf dieses Kongresses charakterisiert sich in Kürze durch die angenommene Tagesordnung, wonach

alle Länder Aufnahme finden sollten, die zum Völkerverbund zugelassen sind.

Schon bei dieser Tagung haben sich die mir persönlich bekannten Vertreter der Schweiz, Hollands und besonders auch Italiens, der Präsident Angelo Mauri, Vorstandsschrittmittelglied der partito popolare (kath. Volkspartei) und Präsident der Federazione Nazionale delle Unioni Agricole, lebhaft für die Zulassung Deutschlands ausgesprochen.

Es wurde eine weitere Sitzung auf den 16. November nach Paris einberufen, der Verlauf der mehrtägigen Tagung brachte sehr lebhaft, aber auch fruchtbar Debatten. Besonders Mauri hat sich entschieden dafür ausgesprochen, unterstützt von den Vertretern Italiens, die Organisationen aller Länder aufzunehmen und eine einzige Internationale zu gründen. Die in diesem Sinne von Italien beantragte Tagesordnung wurde am Ende einstimmig angenommen und eine provisorische Vorstandsschicht beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um mit den noch nicht beigetretenen Ländern wegen des Beitritts zu verhandeln. Mauri wurde als eines dieser sieben Mitglieder der Geschäftsleitung gewählt.

Die Aufnahme Deutschlands soll unter der Formel erledigt werden, die bereits von den Organisationen der katholischen Arbeiter Deutschlands auf dem Kongreß von Haag angenommen wurde.“

Ganz klar wird der Sinn der „schwarzgrünen Internationale“ aber erst aus den letzten Sätzen des Artikels, wo Heim den Zweck so darstellt:

„Ich kann konstatieren, daß besonders die Ostländer, auch jene, die in der Gesellschaft der Entente stehen, die Aufnahme Deutschlands und eine Zusammenarbeit mit der deutschen Landwirtschaft von allem Anfang an gewünscht haben. Es ist in allen diesen Ländern, besonders in der Tschechoslowakei, das Interesse für die grüne Internationale sehr lebhaft. In einer Reihe von Oststaaten sitzen die Bauernparteien in der Regierung oder bilden die Regierung (Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien), während in Bulgarien die Bauernpartei die Mehrheit bildet, und der Ministerpräsident ist gleichzeitig der Präsident der Bauernpartei.“

Merkt ihr was? Die „grüne Internationale“ des Doktor Heim schillert zunächst sehr stark ins Schwarze. Die Führung hat bis jetzt der Vertreter Italiens, das Vorstandsmittelglied der katholischen Volkspartei in Italien, Angelo Mauri. Man muß nur einen Augenblick daran denken, daß in Italien die Revolution in der Landwirtschaft am meisten vorgeschritten ist. Es heißt also, ihr einen internationalen Bremsklotz anlegen. Denn welchen anderen Zweck sollte diese Internationale sonst haben? Der Hinweis auf die östlichen Bauernländer sagt endlich eindeutig genug, um was es sich handelt, um

die Organisation der europäischen Reaktion gegen die Revolution der Arbeiter!

Das ist des Pudels Kern. Für die Arbeiter folgt daraus, daß sie mit allen Kräften an den Ausbau ihrer Internationale gehen müssen. Das geschieht aber nicht dadurch, daß sie sich im Kampfe um diese Internationale vollkommen zerspalten und zerreißen. Vor allen Dingen gilt es, jede Sprengung fernzuhalten von der Internationale der Gewerkschaften, die bis jetzt das stärkste und gewichtigste Instrument des Proletariats im Kampf um seine internationale Geltung ist.

Die Regierung als Dummer August.

Wer erinnert sich nicht, als Kind im Kasperletheater folgende oder ähnliche Szenen gesehen zu haben: Kasperle als Diener eines vornehmen Herrn macht alles so ungeschickt und verkehrt wie möglich. Er erhält irgendeinen Befehl. Da ihm dieser aber nicht paßt, so tut er, als verstände er gerade das Gegenteil. Der Herr wiederholt seinen Befehl, aber je deutlicher und energischer er wird, desto mehr versichert ihm Kasperle, daß er genau das Entgegengesetzte meine. Eine Tracht Prügel für den Tölpel ist gewöhnlich das Ende vom Liede.

Die deutsche Reichsregierung bürgerlicher Struktur scheint nach Kasperles Vorbeeren zu dürsten. Je eindeutiger und nachdrücklicher die Entente erklärt, daß sie auf der Abrüstung der Einwohnerwehren, auch in Bayern und Ostpreußen, besteht, desto feierlicher versichert die deutsche Regierung der Bevölkerung in offiziellen Zusätzen, daß die Entente garnicht auf der Abrüstung des Heeres bestehe und selbstverständlich mit sich reden lasse.

Vor kurzem hat die Reichsregierung in der Einwohnerwehrrage eine Note an die Entente geschickt, die mit Recht in der sozialdemokratischen Presse als das dümmste Nachwerk bezeichnet worden ist, das je aus dem Auswärtigen Amt heransging. Dieses feltame Dokument einer nachrevolutionären Regierung teilte die Bevölkerung nach Puttkammer'schen Rezepten in Staats-erhaltende und „Umstürzler“, es phantasierte von den Waffenslagern der Roten Armee in Bayern usw. usw.

Wie voraus zu sehen war, hat die Entente dieses Nachwerk nicht ernst genommen. Ohne lange die einzelnen Sätze auf ihren Geist durchzustudieren — was Notabene noch ein vergebliches Bemühen gewesen wäre — hat sie kurz und bündig geantwortet, daß

sie die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen nicht anerkennen könne, und daß es bei der sofortigen Auflösung und Entwaffnung bleiben müsse.

Die orgelstrome Reichsregierung ist von diesem Mißerfolg einigermaßen verblüfft. In ihrer geradezu tödlichen Verlegenheit weiß sie keine andere „Beruhigungsspiel“ für die Bevölkerung, als daß sie versichert, diese Ententennote wäre gar nicht die Antwort auf ihre Note, sondern müsse wohl schon abgegangen sein, bevor die deutsche Note in den Ententeländern eingetroffen sei.

Etwas Dümmeres war wirklich schwer zu erfinden. Selbstverständlich ist die Ententennote die Antwort auf die deutsche Note. Das geht ganz klar daraus hervor, daß die deutsche Note eine Sonderbehandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen verlangte, und daß die Ententennote erklärt, eine solche Sonderbehandlung könne nicht zugestanden werden. Wie konnte das die Entente erklären, wenn sie die deutsche Note nicht ganz genau gefannt hätte?!

Unsere bürgerliche Reichsregierung will merklich Kasperletheater spielen und sich durch absichtliches Falschspielen aus der Schlinge ziehen. Dafür aber möge sie selber die Prügel einstecken. Das deutsche Volk bedankt sich dafür, die Prügel auf sich zu nehmen, die aus einer unfähigen Außenpolitik erwachsen, unfähig deshalb, weil ihr Kurs wieder einmal von den Militaristen und Eschkerichen und nicht von den Politikern bestimmt worden ist. Wenn die Reichsregierung nicht sofort die Herren Kahr und Eschkerich endlich zum Gehorsam und zur Abrüstung zwingt, so wird sie vom Volk für alle daraus sich ergebenden Folgen persönlich haftbar gemacht werden müssen.

Die Antwort des Generals Nollet.

Die Antwortnote des Generals Nollet auf die deutsche Einwohnerwehrrage wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Sie lautet:

Berlin, den 11. Dezember 1920.
Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 9. ds. Mts., betreffend die Auflösung und Entwaffnung der Selbstschußorganisationen zu bestätigen. Aus den weiter unten angeführten wesentlichen Gründen kann die Interalliierte Militärkontroll-Kommission weder die in diesem Schreiben enthaltenen Argumente gelten lassen, noch die daraus gezogenen Folgerungen anerkennen.

Die deutsche Regierung hält sich nicht für verpflichtet, die Selbstschußorganisationen aufzulösen. Sie erklärt, daß diese Organisationen, da sie weder einen militärischen Charakter noch irgend welche Beziehungen zur Reichswehr haben und ausschließlich dem Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dienen, durch keine Bestimmung des Friedensvertrages verboten wird.

Indessen beweisen die Nachrichten, die die Interalliierte Militärkontroll-Kommission über gewisse Organisationen besitzt, daß sie in enger Verbindung mit den regulären militärischen Befehlsgewalten stehen. Es genügt beispielsweise, auf den Wortlaut der „Satzungen des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns E. W.“ hinzuweisen, die von dem Landeshauptmann Eschkerich unterzeichnet und durch den Landesauschuß am 10. März 1920 bestätigt worden sind; darin wird die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Wehrkreiskommando beauftragt und die Kreis- und Hauptleute sichern danach die Verbindung mit den Reichswehrrbrigaden. Ebenso gehört es in Ostpreußen zu der Aufgabe zweier Generalstabsoffiziere der I. Infanterie-Division, die Verbindung mit den Selbstschußorganen aufrecht zu erhalten und die Bedürfnisse dieser Organe in administrativer Hinsicht zu erfüllen.

In Wirklichkeit also stellen die Selbstschußorganisationen (und hierunter versteht der Interalliierte Heeresüberwachungs-ausschuß: Grenzwehren, Grenzschuß, Stadtwahren, Einwohnerwehren, Orgesch und andere ähnliche Vereine)formationen dar, die geeignet sind, eine Mobilisation zu erleichtern.

Sie fallen also unter die Bestimmungen des Artikels 178 des Friedensvertrages und müssen aufgelöst werden. Ihre Aufrechterhaltung nach Durchführung ihrer Entwaffnung wäre übrigens auch durch rein innere Gründe nicht zu rechtfertigen. Denn sie würden, ihrer Waffen entböhrt, nicht mehr in der Lage sein, wirksam an der Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen.

Es ist zwar richtig, daß die Deutsche Regierung den Selbstschußorganisationen einen nur provisorischen Charakter beilegt, aber die Interalliierte Militärkontroll-Kommission vermag nicht einen Verband als provisorisch zu betrachten, welcher schon jetzt Kundgebungen seiner Tätigkeit für das Jahr 1922 und folgende vorsteht. (Bayrische Einwohnerwehren.)

Die Deutsche Regierung verlangt im übrigen eine Ausnahmebestimmung für die Selbstschußorganisationen Bayerns und Ostpreußens. Es muß zunächst einmal darauf hingewiesen werden, daß andere Staaten des Deutschen Reiches, deren Sicherheit ihrer Ansicht nach ebenso wenig verbürgt ist, die gleiche Ausnahmebestimmung beantragen könnten. Diese Ausnahmebestimmung würde desto leichter zu einer Verallgemeinerung führen, je ausgedehnter die den örtlichen Behörden in bezug auf die Schaffung von Selbstschußorganisationen befallenen Befugnisse sind.

Aber die Tatsachen selbst widersprechen den Gründen, die zu Gunsten Bayerns und Ostpreußens vorgebracht worden sind. Wenn sich in Bayern einerseits die Zahl der Kommunisten auf ungefähr 50 000 beläuft (und sie sind wahrscheinlich nicht alle Kämpfer), so belaufen sich andererseits die regulären Kräfte nach dem Wortlaut der Deutschen Regierung selbst auf fast 40 000 Mann. Außerdem würde die Vereinarbeit der für die öffentliche Ordnung als gefährlich geltenden Elemente an einem Orte die eventuelle Wiederherstellung der Ordnung nicht erschweren, sondern im Gegenteil erleichtern.

Ohne auf die Schätzung der Zahl der Waffen einzugehen, die die Kommunisten im Jahre 1919 in den Kasernen von München aufgefunden haben können, möchte ich nur bemerken, daß nach den Erklärungen, die Sie mir am 9. November gemacht haben, die kommunistische Gefahr im Reich für die Zukunft als überwunden zu betrachten ist.

Was Ostpreußen anbetrifft, so glaubt sich die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission auf die Erfahrungen des letzten Sommers verlassen zu können. Sie erinnert nur daran, daß die Deutsche Regierung damals nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reiches zurückgegriffen hat und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Verstärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern noch für Ostpreußen erforderlich, deren Selbstschutzorganisationen wie die der anderen Teile Deutschlands aufgelöst und entworfen werden müssen.

Andererseits glaubt die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission gegenüber den Verpflichtungen und Versprechungen Deutschlands besonders auf den heute bestehenden Zustand hinweisen zu müssen (11 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages und 5 Monate nach Unterzeichnung des Protokolls von Spaai). Die Zahl der von Deutschland abgenommenen und an die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission abgelieferten Waffen erreicht bei weitem nicht die Zahl der vorhandenen, und noch fehlen von den Verbänden flammende Waffen ist an die Interalliierten Kommissarien, Hannover, München und Stuttgart (für Württemberg) abgegeben worden.

Die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission bemerkt, daß das Schreiben vom 9. Dezember keine klare Angabe darüber enthält, wie diese Zustände geändert werden sollen, und zwar ebensowenig hinsichtlich der Kräfte der Kräfte, auf die darin hingedeutet wird, noch auch hinsichtlich der Hauptfrage selbst, wo nun bedingte Neupunkte ins Auge gefaßt sind.

Indem die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission nachmals den Grundsat der sofortigen Auflösung und Entwaffnung in Anwendung des Friedensvertrages und des Spaai-Protokolls betont, besteht sie noch einmal darauf, daß die Deutsche Regierung ihr unverzüglich die zu treffenden Maßnahmen mitteilt.

Deutscher Reichstag.

Die Hydra der Ernährungsdebatte.

Schon den 5. Tag über zieht sich die Aussprache über den Etat des Reichsernährungsministeriums im Reichstage hin. Wie Köpfe der Hydra, so wachsen immer neue Redner zu diesem Etat — ein recht weiselhaftes Verdienst Hermescher Wirtschaftsführung. Trotz ihrer Fülle aber kommen keinerlei neue Gesichtspunkte zur Sprache und vor allem auch fehlen nach den umfassenden Vorschlägen des Gen. Braun große praktische Zielweisungen. Endlich ist die Debatte zu Ende — nachdem der Angeklagte Hermes heretits vorher das Weisse gesucht hat. Die Abstimmung findet Mittwoch statt.

46. Sitzung.
Dienstag, den 14. Dezember, mittags 1 Uhr.
Am Regierungstisch: Hermes.

Der Abgeordnete Stubmann (DVP.), der zum Hamburger Senator gewählt wurde, hat sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Auf Anfrage Dr. Mumm (DVP.) über den Kleingeldmangel entgegnet ein Regierungsvertreter, daß dauernd Kleingeld geliefert wird. In den letzten Jahren sind mehr als 1 Milliarde Stück Kleingeld herausgegeben worden, so daß auf den Kopf der Bevölkerung 17 Stück treffen.

Die Interpellation der Regierungsparteien über die Förderung des Handels und Gewerbes wird in der vorchriftsmäßigen Frist beantwortet werden.

Dann wird die Aussprache über den Etat des Ernährungsministeriums fortgesetzt.

Abg. Hepp (DVP.) spricht in längeren Ausführungen das Vertrauen seiner Fraktion zu der Politik des Reichsernährungsministers aus.

Abg. Riesenberger (DVP.) wendet sich gegen alle Sozialisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft und erklärt, daß nur die Betätigung der eigenen Person und des eigenen Willens das Beste aus dem Acker herauszubringen imstande ist.

Gen. Braun (Unabh. links): Was unserer Landwirtschaft fehlt, ist die Steigerung der Produktion durch eine völlige Umstellung der Ernährungspolitik, und zu dieser werden wir gelangen durch die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Böhm (DVP.) wendet sich scharf gegen die Steigerungspolitik des preussischen Landwirtschaftsministeriums und erklärt, daß die erlassenen Ausführungsbestimmungen die Steigerung nur hindern, anstatt sie zu fördern.

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun weist darauf hin, daß der Vorredner von den Schwierigkeiten keine Ahnung habe. (Sehr richtig!) Die bisher in einem Jahre bereitgestellten tausend Hektar stellen angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten eine stattliche Summe dar. Mit Enttäugung wurde noch wenig vorgegangen, und zwar gerade wegen der fast absehenden Haltung der Parteigenossen des Herrn Dr. Böhm. (Hört, hört!) Bei der Aufgabe von Domanen dürfen die meist auf lange Jahre laufenden Pachtverträge nicht vergessen werden. (Sehr wahr!) Ich bitte, doch in Zukunft bei so wichtigen Dingen keine Regierungen zu stellen, sondern nur sachliche Darlegungen der Kritik zu Wort kommen zu lassen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Sars (Kommunist): Der einzige Zweck der landwirtschaftlichen Produktion ist heute die Versorgung. Eine Besserung wird erst dann eintreten, wenn unter dem System des Sozialismus und des Kommunismus das erzeugt wird, dessen das Volk bedarf. Durch das neue Bundesgesetz wird den Arbeitern und Bauern ebenbürtig gehandelt werden, wie durch das alte. Der Acker der Böhm ist der Acker der Lebensmittelpreise vorzuziehen. Die kapitalistische Grundlage der Landwirtschaft muß durch die Sozialistische ersetzt werden.

Abg. Dr. Böhm (DVP.): Ich werde in meiner Kritik des Sozialismus des preussischen Landwirtschaftsministers gegenüber der Steigerungspolitik solange fortfahren, bis ein neuer Geist ins preussische Landwirtschaftsministerium eingeblasen sein wird.

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun: Ich bin als Minister für eine gewissenhafte Bearbeitung der Domanen verantwortlich. Ich werde sie nicht verschleiern. Für das Fortgehen des Abgeordneten Böhm ist mir überlassen, der geeignete parlamentarische Ausdruck zu finden.

Abg. Ernst (Kommunist) fordert Beantwortung der schon im Ausschuss gestellten Fragen, wie es mit der Dienstwohnung des Ministers bestellt sei, für die zweimal je 15 000 Mk. in den Etat eingestellt sind.

Der Präsident erklärt, daß die Wortmeldungen ständig zunehmen, so daß kaum mehr Aussicht besteht, mit dem Etat des Ernährungsministeriums fertig zu werden.

Abg. Bernstein (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Riesenberger und betont die unbedingte Notwendigkeit von besseren Beziehungen mit den Nachbarn. Die Sprache der Rechtsparcien hat nur dazu geführt, die Situation Deutschlands noch mehr zu verschlechtern. (Widerpruch rechts, Sehr richtig! links.) Das ist Hochverrat am deutschen Volke. (Zumut auf der Rechten; Zuruf: Unverschämtheit! Weisfall links.)

Abg. Ledebour (Unabh.) beantragt die Aufhebung der Sitzung bis zum Erscheinen des Ministers.

Der Antrag wird mit allen bürgerlichen gegen alle sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Abg. Lindt (DVP.): Die Reichsgetreidekasse hat vollkommen verlagert. Die Sozialisierung würde der Landwirtschaft den Garaus machen. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. Herz (Unabh. rechts): Wir wären froh, wenn wir gegen den Ernährungsminister nicht Stellung zu nehmen brauchen. Schon wieder ist von einer neuen Befestigungssache die Rede. Der Herr der Regierungsrats Dr. Fürst der Einfuhrabteilung des Reichsernährungsministeriums beschäftigt zurzeit die Presse. Der Minister behauptet, daß er während der Amtszeit Fürsts keine pflichtwidrige Handlung bei ihm festgestellt habe. Die Vorwürfe seien erst nach seinem Abtritt erhoben worden. Dem entgegen verweise ich auf einen Brief, den schon im Juni der betreffende Rat nach Einsichtnahme in die Korrespondenz an den Minister geschickt hatte. (Hört, hört!) Die Presse, die den Fall aufgriff, wurde zu keiner Erwiderung veranlaßt. (Hört, hört!)

Ein Regierungsvertreter antwortet in Abwesenheit des Ernährungsministers, daß in dem ältesten Brief sich kein Hinweis auf eine Schuld des Dr. Fürst befindet.

Abg. Dr. Herz (Unabh.): Der Regierungsvertreter konnte auf meine Behauptung nichts Sichthafes erwidern. Jedenfalls bleibt es dabei, daß das Reichsernährungsministerium gegen Korruptionserforschungen nichts unternimmt.

Abg. Landren (DVP.): Die Landwirte haben ihrer Abfertigungspflicht Genüge getan. Es ist sehr bedauerlich, daß Beamte der Reichsgetreidekasse Agitation gegen die Landwirte betreiben haben. (Sehr richtig! rechts.)

Demit schließt die Debatte. Fortsetzung Mittwoch 1 Uhr: Reichshaushaltungen, Abstimmung über den Etat des Reichsernährungsministeriums, zweite Lesung des Gesetzes über die Kapitalflucht, Interpellation Herz (DVP.) über die russischen Kriegsgefangenen. — Schluß 7 Uhr.

Wolken im fernen Osten.

Die amerikanische Regierung fordert Aufrüstung.

Aus New York wird gemeldet: Im Staatsdepartement sind Nachrichten eingegangen, wonach Japan auf der Insel Formosa nördlich der den Vereinigten Staaten gehörigen Philippinen eine Armee zusammenzieht. Das Staatsdepartement hat Erklärungen von der Regierung in Japan erhalten.

Völkerbund und Abrüstung.

Internationaler Gerichtshof.

Die Völkerbundversammlung in Genf nahm einen Antrag an, wonach die Militärausgaben in den nächsten Jahren die Höhe des Voranschlages für 1921 nicht übersteigen dürfen. Auch der Entwurf über den internationalen Gerichtshof ist von der Völkerbundversammlung in Genf angenommen worden. Sobald er ratifiziert ist, wird der Gerichtshof seine Tätigkeit offiziell beginnen.

Der Wiederaufbau Deutschlands.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus New York gekabelt wird, erklärte der frühere Lebensmittelkommissar der Vereinigten Staaten, Hoover, der höchstwahrscheinlich Mitglied des neuen Ministeriums werden wird, dem Präsidenten Harding, daß Weltinteresse erheische die sofortige Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme, sowie Rohstoffkredite an Deutschland. Amerika besteht auf der direkten Kabelverbindung mit Deutschland durch das beschlagnahmte Embener Kabel. England steht der Forderung angeblich günstig gegenüber, nur Frankreich sei dagegen.

Das d'Annunzio-Abenteuer in Fiume.

In Lugano sind aus Fiume Nachrichten eingetroffen, denen zufolge bisher insgesamt 3000 Mann italienischer Truppen zu d'Annunzio übergegangen sind. In Fiume ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Truppen d'Annunzios und den Italienern gekommen. Auch hier gingen große Teile des italienischen Heeres zu den Fiumern über.

Der Marineminister Cerchi erklärte im italienischen Senat auf eine Anfrage über die drei in Fiume eingelaufenen Torpedoboote, daß jeder Verstoß gegen die Disziplin streng bestraft werden würde. Er freute sich aber, feststellen zu können, daß alle Offiziere dem Erbe treu geblieben wären. Ebenso erklärte der Kriegsminister Bonomi, der die Wegnahme von drei Panzerautomobilen durch Truppen d'Annunzios als Diebstahl bezeichnete, daß die Regierung keine Rücksicht gegenüber den Angehörigen des Heeres und der Marine übernehme, die sich gegen die Disziplin vergingen. Italiens Ehre fordere die Einhaltung der im Verträge von Rapallo übernommenen Verpflichtungen.

Die „Tribuna“ demantiert das Gerücht, wonach Giolitti beabsichtige zurückzutreten oder eine Aenderung im Kabinett vorzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der monarchistische Gedanke in Gefahr?

Die Interessierten Mitglieder der englischen Arbeiterpartei haben den englischen Abgeordneten zum Essen eingeladen, und er hat die Einladung angenommen. Die Einladung erklärt sich wohl aus dem in letzter Zeit verdoppelten Bemühen der Arbeiterpartei, wieder in England zu sitzen. In sich ist also an dem Vorgang nicht nichts Bedauerliches. Was werden aber die Ironiewörter des unpopulären Gedankens in Deutschland dazu sagen? Hat doch mancher von ihnen schon ein helles Gesenke geschüttelt, als er sich an dem Versuch an monarchistischem Gedanken beging, so populärwissenschaftliche Staatslehre bei ihrem Regierungsantritt bei sich zu erwählen. Wenn das so weiter geht, dann wird der monarchistische Gedanke wieder ein helles helles Licht bekommen. Schließlich ist ja England ja demüthig die einzige beherrschende Monarchie in Europa, die noch besteht. Denn der

kleinen König Victor Emanuel haben die echten Preußenmänner wohl schon längst für das Gottesgnadentum verloren gegeben. So sinkt vom Baume Blatt um Blatt, und die Zeit scheint nicht mehr fern, in der man in Europa nur noch zwei Sorten von Monarchen unterscheiden wird: diejenigen, die nach dem Bankrott des Gottesgnadentums an ihre Throne und Krone sitzen klammern, bis sie schließlich mit Gewalt hinunterspediert werden, und diejenigen, die sich in richtiger Erkenntnis der Lage der Zeiten damit vertraut machen, daß einst der Tag kommen wird, an dem sie mit Arbeitern an einem Tisch ihr Brot essen werden. Wo bleibt da der allein seligmachende Gedanke der gottgegebenen Abhängigkeit... Ja, ja, der Monarchismus steht schlecht im Ruf, und die Zeiten sind unendlich traurig für den aufrechten Junker.

Dank vom Hanse Wulle.

Die „Deutsche Zeitung“ regt sich über die Entlassung eines Offiziers aus der Reichswehr auf, der sich nach der Meinung des ihm vorgelegten Reichswehrministeriums antisemitische Exzesse haben zu schulden kommen lassen. Bei dieser Gelegenheit schreibt das Blatt: „da wir aber von oben her „orientalisch“ gerichtet sind...“ Es ist schon beinahe tragisch, daß der sozialdemokratischen Reichsregierung mit ihren deutsch-volksparteilichen Ministern so etwas passieren muß. Die „orientalischen“ Minister Scholz, von Raumer usw. werden ihren monarchistischen Freunden von der Deutschnationalen Partei gewiß sehr dankbar dafür sein, daß sie ihnen zur Belohnung für die Schrittmacherdienste, die sie ihnen geleistet haben, solche Freundlichkeiten an den Kopf werfen.

Veteranenzulage vor Weihnachten.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß Dienstag, daß den Veteranen eine Zulage von 150 Mk. nach vor Weihnachten ausbezahlt werden soll. Alsdann wurde die zweite Lesung der Abänderungsvorlage zum Beibehaltungsgesetz fortgesetzt. Alle Anträge auf Wiedereinführung der Betriebszulage in irgend einer Form wurden vom Hauptausschuß abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Durlage (3.) angenommen, denjenigen Beamten, bei denen infolge Wegfalls der Betriebszulage eine Einkommensverminderung einträte, im Wege der Ausführungsbestimmungen eine Ausgleichssumme zu gewähren. Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes beendet. In der letzten Sitzung wurde auf Antrag Durlage (3.) beschlossen, daß die Betriebszulage nunmehr nicht mehr gezahlt wird, wofür eine höhere Einstufung der Beamten erfolgt ist.

Das Programm der sächsischen sozialistischen Regierung.

Im sächsischen Landtag verlas Ministerpräsident Bud Dienstag die Erklärung der neuen sächsischen Regierung, aus der folgenden hervorgehoben ist: Nachdem er die neuen Minister vorgestellt und den verabschiedeten Ministern den Dank für ihre Dienste ausgesprochen hatte, erklärte er: Ich werde versuchen, den Aufgabenkreis für die nächste Zeit kurz zu umschreiben und die Richtlinien zu zeichnen. Ich will sprechen, sachlich und nüchtern, wie die graue Wirklichkeit und die Not der Zeit es erfordern. Die Zeit der konstitutionellen Forderungen unseres Volkstörpers sei wohl in der Hauptsache vorüber. Die Erregungszustände der Revolution müßten gesiegt und ausgelebt werden. Der Friedensvertrag läßt mit zunehmender Schwere besonders auf dem industriellen Sachsen. Auf den Gegensatz zwischen Reichs- und Landesrecht eingehend, betonte der Redner, daß obwohl das Landesrecht vom Reichrecht gebrochen werde, die Regierung die Pflicht habe, ihre Auffassung und ihren Willen bei der Reichsregierung bekanntzugeben. In notwendigen Fällen würde Einspruch erhoben und Aufklärung gefordert werden. Die großen der Erledigung harrenden Aufgaben der Vergeistlichung der Bodenschätze und der Ausbarmachung unserer Werkstoffe usw. müßten in sozialistischem Sinne gefördert werden. Das gleiche gelte von der Erweiterung des staatlichen Einflusses auf den gesamten Kohlenbergbau. Nur mit Hilfe der Arbeiter und Angestellten könnte die Sozialisierung gesichert und gefördert werden. Geradezu aufreizend wirkte der ungeheure Gewinn der Großunternehmer, die zum Schaden der Allgemeinheit gewaltige Dividenden ausschütteten. Betriebsräte und Gewerkschaften müßten hier eingreifen. Das größte Interesse werde die Rentierung der landwirtschaftlichen Produktion zuwenden. Am meisten in ganz Deutschland leide unter der Ernährung das dichtbevölkerte Sachsen. Trotz allen Erfolgen Sachsens hinsichtlich der Bereitstellung von Kartoffeln und Fleisch, die bei der Reichsregierung erzielt worden seien, beständen immer noch größte Schwierigkeiten für die Ernährung des sächsischen Volkes. Landesbreit, Polizei und Justiz müßten mit aller Schärfe gegen Wucher, Schleichhandel und sonstige Verletzungen vorgehen. Sachsens bedeutende Exportindustrie bedarf dringend der Aufträge aus aller Welt. Hilfe freilich könnte nur die Umstellung der Produktion nach sozialistischen Grundgedanken bringen. Die Versicherungsbehörden würden eine besondere Winterbeihilfe auszahlen, die voraussichtlich bis zum Schluß dieses Jahres erfolgen könne. Gegen revolutionäre Organisationen und Einrichtungen werden mit aller Schärfe unterdrückt. Die steigende Not proletarisierter immer weitere Kreise, aber der Staat selber befindet sich in den schwersten finanziellen Nöten. Neue Steuern müßten gefunden werden, bzw. die bestehenden ausgebaut werden. Die Wohnungsnot sei mit allen Kräften zu mindern. Die Justiz wolle man milde handhaben, doch dürfe Recht und Gesetz nicht unterdrückt werden. Ueber die Vorlage eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen würden Erhebungen veranstaltet. Zum Schluß rühmte Ministerpräsident Bud die sozialdemokratische Welt- und Lebensauffassung, Menschenliebe und Gerechtigkeit wohnen dem sozialistischen Programm inne.

Wohin die Zerspaltung der Arbeiterpartei führt.

Im braunschweigischen Landtage wurde Dienstag an Stelle des zurückgetretenen Landtagspräsidenten Wesemeier (USPD.) der deutschnationale Abg. Verlagsbuchhändler Wessel (Wolfsbüttel) mit großer Stimmenmehrheit zum Landtagspräsidenten gewählt. Die stärkste Partei im Braunschweigischen Landtag bilden jetzt die im Landesverband vereinigten rechtsstehenden bürgerlichen Parteien. Nach Gründung der neuen kommunistischen Partei sind drei Abgeordnete der „Unabhängigen“ aus dieser ausgetreten und haben sich im Landtag zu einer neuen kommunistischen Gruppe zusammengeschlossen, so daß die „Unabhängigen“ nicht mehr die stärkste Fraktion stellen.

Ihr laßt den Armen schuldig werden.

Bor dem Schwurgericht in Zweibrücken ging nach dreitägiger Dauer der Prozeß wegen Landfriedensbruchs gegen siebzehn Arbeiter aus Ludwigshafen zu Ende. Etwa zwanzigtausend Arbeiter hatten am 24. Februar d. J. in Ludwigshafen eine Kundgebung gegen die Lebensmittelnot veranstaltet. Dabei kam es zu Minderungen. Es entstand ein Schaden von annähernd einer Million. Als sogenannte „Rodelsfahrer“ wurden verurteilt der Arbeiter Färber zu acht Jahren Zwangsarbeit, Uhl zu drei Jahren Zwangsarbeit, Hauptmann zu zwei Jahren Zwangsarbeit, die übrigen zu einjährig bis acht Monaten Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die erwerbstätige Bevölkerung wird durch den Wucher der Händler und Produzenten zur Verzweiflung getrieben. Sie ha-

gert, darbt, friert, sintt immer tiefer ins Elend hinab. Die Regierung arbeitet dem Wucher nicht entgegen; sie unterstützt ihn vielmehr durch ihre Produzentenpolitik direkt und indirekt. Wenn dann die verelendeten Massen auf die Straße gehen und sich in ihrer Verzweiflung zu Handlungen hinreissen lassen, dann trifft sie die ganze Strenge des Gesetzes. Das Grundübel aber, der Wucher, bleibt unberührt.

Kleine politische Nachrichten.

Schiffszerrin hat in einer Note an England, Frankreich und Italien gegen die Zwangsmassnahmen Einspruch erhoben, die dem griechischen Volk bei der Thronbesteigung König Konstantins angedroht werden.

Die deutsche Delegation für Brüssel hat Dienstagabend Berlin verlassen. An Stelle des verabschiedeten Herrn von Siemens reist als zweiter Delegierter der Präsident der Reichsbank, Hopfenstein, mit. Als Arbeitnehmersprecher nimmt Gewerkschaftssekretär Silberstein mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund an den Verhandlungen teil.

Eine deutsche Regierungskommission ist unter Führung des Ministerialdirektors v. Strohhammer nach Belgrad abgereist, um Verhandlungen über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Südserbien anzubahnen.

Ein deutsch-polnischer Vertrag sichert die ungeschwächte Rückkehr der in einem Verzeichnis aufgeführten Rückflüchtlinge deutscher Nationalität im Kreise Strassburg, die seinerzeit wegen der Komplikationen zwischen den Polen und den Bolschewisten nach Deutschland flohen.

Nach amtlicher Mitteilung sind die Thorner Deutschen Superintendent Bauhage, sowie die Herren Kowich, Laenaner, Mebler, Sintel, Menkel und Koelt am 10. Dezember aus der Internierung in Schrimm entlassen worden.

Einer nach ungeschätzten Breslauer Meldung zufolge soll die Abstimmung in Oberschlesien am 1. März 1921 stattfinden.

Eine mehrere Erhöhung der Gerichtskosten wird mit dem 1. Januar 1921 in Kraft treten.

Der „Unabhängige“ Stammer wurden zum Landrat des Kreises Bitterfeld gewählt.

Wegen Kohlenmangels sind dieser Tage 30 städtische Gaswerke stillgelegt worden. Andere werden folgen, wenn nicht bald eine bessere Kohlenlieferung eintritt.

Der russische Präsident ratifizierte das Kriegerabkommen zwischen Finnland und Sowjetrußland. Bei den Kämpfen in Estland zogen sich die französischen Truppen eine Schlappe zu. Die Abstellung hatte 20 Tote.

Ein Telekommunikations-Kontaktabend in der „Daily Mail“ meldet von der wachsenden Latation, die der Hindu Gorbis in Delhi auslöst. Der Vertreter der indischen Regierung in Delhi hat den Kriegszustand für 6 Monate über die Provinz verhängt. Eine weitere Depesche aus Allahabad spricht von schweren Wahlunruhen in Lahore.

Ungarn.

Anwendungen der Prügelstrafe.

Das Strafgericht in Budapest hat einen 19jährigen Dieb zu einem Monat Gefängnis und zu fünfzehn Stockschlägen verurteilt. Das ist die erste Anwendung der Prügelstrafe, die unlängst in Ungarn wieder eingeführt worden ist.

Spanien.

Die Neuwahlen.

Nach den bis Montagabend in Madrid bekannten Ergebnissen der Parlamentswahlen waren gewählt: 38 Ministerielle acht Anhänger Mauras, ein Anhänger de la Cueva, 13 Anhänger Romanones, 17 Demokraten, 7 Alibisten, ein Reformnationaler, ein Regionalist, zwei Sozialisten, zwei Republikaner und zwei Unabhängige. Die Anhänger Mauras und Cueva gehören der konservativen Partei, die Anhänger Romanones der demokratischen, die Alibisten der liberalen Partei an.

England.

Die Brandlegung in Corf.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus wurde eine Interpellation über die Brandlegung von Corf eingereicht. Der irische Unterstaatssekretär Greenwood protestierte gegen die Annahme, daß die englischen Truppen dafür verantwortlich seien. Bisher sei noch kein Anzeichen dafür vorhanden, wer den Brand gelegt habe. Mit einiger Wahrscheinlichkeit sei aber festgestellt worden, daß die Brände durch Brandbomben verursacht wurden. Solche hätten die englischen Streitkräfte aber gar nicht besessen, wohl aber die Sinnfeiner. Dagegen melden mehrere Berichterstatter der Londoner Zeitungen, daß die Polizei abends 10 Uhr, nachdem bekannt geworden war, daß eine Mitteilung in einem Hinterhalt gefallen sei, die Kaserne verließ und den Brand legte.

Bei dem Brand in Corf sind insgesamt 300 Häuser völlig zerstört, ungeschätzt 1500 Menschen obdachlos und viele Tausende brotlos geworden.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 15. Dezember.

Achtung! Metallarbeiter!

Heute abend 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus muß jeder Metallarbeiter erscheinen.

Heute abend soll entschieden werden, ob unsere Organisation, der Metallarbeiterverband, in die Hände der von den Moskauern dirigierten Kommunisten fallen soll! Das muß verhindert werden!

222-Metallarbeiter! Hinein in die Versammlung!

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Am Dienstagabend fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken mehrerer verstorbenen Genossen in der üblichen Weise gelehrt. Der Vorsitzende, Genosse Löwigt, machte bekannt, daß der Vorstand und Ausschuss die Anstellung des Genossen Meißner als Parteisekretär beschlossen hätte und daß derselbe am 3. Januar sein Amt antreten werde. Darauf berichtete Genosse Haut über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerfraktion. Redner verwies zunächst auf die elende Lage, in der das deutsche Volk durch den Krieg und seine Folgen gefügt worden ist. In einer solchen Zeit sei die Sozialdemokratie zur Macht gekommen und nun verlangen manche von ihr unmögliche Wunderdinge. Er streifte dann die Finanzfragen, die Ernährungsschwierigkeiten, die durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch verschlimmert wurden; kennzeichnete die Reizgewinne in der Industrie und betonte, daß die Lenkung vor allem auf die hohen Preise von Kohle und Eisen beruhe. Dann ging unser Genosse näher auf die Tätigkeit der Bürgerfraktion ein. Manche durchwegs herrschenden Meinungen hätten infolge der schlechten Verhältnisse nicht erfüllt werden können. Beim Kapz-Kuß sei die Bürgerfraktion auf dem Posten geblieben. Der in dieser Sache gebildete Untersuchungsausschuss habe

infolge des Amnestieerlasses keine Tätigkeit später eingestellt. Er hätte aber doch manche interessante Feststellungen machen können. Die wichtigste Aufgabe sei die Erhellung der neuen Verfassung gewesen. Redner schilderte die Kämpfe um die Verfassung. In einigen Punkten hätten die Demokraten verlagert. Kompromisse seien nicht ganz zu machen gewesen, und zuletzt wäre die Verfassung gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen worden. Gegen die Anträge der letzteren auf Erhöhung einer Zusatzstimme vom 40. Lebensjahre ab, in der Wahlrechtsfrage und die Festlegung einer bestimmten Zahl von Rechtsgelehrten und Kaufleuten im Senat hätte die Fraktion sich schärf und erfolgreich gewandt. Redner schilderte dann des näheren die Tätigkeit und die Bedeutung des Bürgerausschusses. Wichtig sei, daß eine Verfassungsänderung nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden könne. Die bürgerlichen Deputierten würden jetzt zu zwei Dritteln von der Bürgerschaft und die übrigen vom Senat gewählt. Die Entscheidung der Bürgerfraktion über die Forderung der Partei. Bei der Theaterfrage hätte die Fraktion keinen einheitlichen Standpunkt eingenommen. Eine starke Minderheit sei für die Ablehnung der Vorlage eingetreten. Allerdings wären durch die Ablehnung keine arghen Ersparnisse erzielt worden, da jemals hohe Ausgaben vorhanden wären und eine Anzahl Angestellte und Arbeiter arbeitslos geworden wären. Für Notstandsarbeiten, für Notwohnungen und anderes seien ganz erhebliche Mittel bewilligt worden, leider wären auch diese noch unzureichend gewesen. Für die Brunnenschule hätte man trotz mancher Bedenken noch einmal Geldmittel bewilligt. Wichtig sei es aber, ob man künftig für die Gewerkschaft noch Zuschüsse bewilligen könne. Täte man es, dann müsse man auch den Betriebsräten Mittel überweisen. Eine schwere Aufgabe wäre es, für die ungeheuren Ausgaben Deckung zu schaffen. Bei der Beamtenbeförderungsvorlage hätte die Fraktion besonders die Interessen der schickschickschickschen Beamten wahrgenommen. Keine andere Partei sei für diese eingetreten. Mit der Einheitskarte seien wir in Übereinstimmung mit den finanziellen Gründen etwas im Rückstand geblieben. Von Obern nächsten Jahres ab würde aber nicht nur die Grundschule, sondern auch die Pflichtfortbildungsschule hier eingeführt werden. Die Anträge der Deutschnationalen und Demokraten gegen den Mühlentunnel, besonders bei den Angestellten der Straßenbahn und der Hellmuthen, würden von uns auch kritisch wie bisher entschieden zurückzuweisen werden. Die Pläne dieser Parteien, wie die der Reaktion überhaupt, könnten aber nur durch die Einseitigkeit der Arbeiterschaft abgewehrt werden. Alle Erfolge der Arbeiterschaft beruhen vor allem auf der Einigkeit derselben. Diese Einigkeit sei auch notwendig für ein künftiges erfolgreiches Arbeiten in der Bürgerschaft.

Die Aussprache war sehr lebhaft. Zunächst sprach Herr Gen. Schwaeger die Mühlische der Straßenbahn zum Ausdruck und verwahrte sich schärf gegen die Durchbrechung des 8-Stunden-Tages. Dann lobte Genosse Salamon in längeren Ausführungen herbe Kritik an manchen Arbeiten der Bürgerfraktion und hervorhob besonders stark die Tätigkeit der Genossen Mehrlein als Polizeikommandant. Er schloß nochmals die patriotische Demonstration auf dem Marktplatz an und nannte das Verhalten der Fraktion in der Theaterfrage einen Skandal. Nachdem die neue Verfassung erachtet war, hätten auch Neuwahlen zur Bürgerschaft stattfinden müssen. Die geplante neue Steuer sei eine Armensteuer und müsse abgelehnt werden. Genosse G. Schlerer betonte: Das von Salamon hemmende Gesetz über den Bannkreis sei für Alibid amminde und unannehmlich, da es ein Reichsgesetz sei. Genosse Mehrlein wandte sich schärf gegen Salamon, der absichtlich Demagogie betriebe hätte. Beweise für seine Behauptungen könne er nicht erbringen. Redner ging dann näher auf die einzelnen Genossen ein, erörterte die Korruption ein und rechnete unter wiederholter Zustimmung und lebhaftem Beifall mit Salamon ab. — Genosse G. Schlerer sprach u. a. über die neue Steuervorlage, die abzulehnen sei. Mittels dessen müsse die Wohnungssteuer einachtführt und die Einkommensteuer einbezogen werden. In der Schulfrage dürften wir von unierem Vorstand nicht abgehen. — Genosse M. H. r. s. wandte sich vor allem gegen die geplante neue Steuer und trat für Lagessteuer und für die Einheitskarte ein. Die Theatervorlage hätte abgelehnt werden müssen. — Genosse K. r. s. erkannte, dankend das Eintreten der Bürgerfraktion für die unteren Beamten an. Dagegen ist er mit der Haltung der Reichstagsfraktion in der Beamtenbeförderungsvorlage, worüber in den letzten Tagen verhandelt wurde, nicht zufrieden. Redner trat lebhaft für das Koalitions- und Streikrecht der Beamten ein und wünschte, daß die Bürgerfraktion in Beamtenfragen die Beamten zu Rate ziehe. — Genosse Dreger revidierte das Verhalten der Mehrheit der Bürgerfraktion in der Theaterfrage. Er wies nach, daß durch die Ablehnung der Vorlage wesentliche Ersparnisse nicht gemacht worden wären. Das Theater habe auch einen großen Kultur- und Bildungswert, der nicht unterschätzt werden dürfe. Die neue Steuervorlage sei nach kein Gesetz; sie würde noch ein anderes Gesicht bekommen. Die Angriffe der Bürgerlichen auf den 8-Stunden-Tag würde die Fraktion nach wie vor mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Dreger wies dann ebenfalls die Angriffe Salamons zurück. — Genosse K. r. s. wünschte, daß die Fraktion sich mehr der Radfahrer annehmen hätte. — In seinem Schlusswort ging Genosse Haut in sachlicher Weise auf die erhobenen Einwände näher ein und wies nach, daß manche in der Debatte erhobene Korruptionen faktisch seien. Die neue Steuervorlage würde einnehmend geprüft werden. Eine Entschickung, welche der Bürgerfraktion das Vertrauen auspricht, fand gegen seine Stimme Annahme. Der Antrag M. H. r. s. wonach bei der geplanten neuen Steuer das Einkommen bis zu 15.000 Mark frei bleibt, wurde der Bürgerfraktion überlesen. — Nach kurzen Ausführungen des Genossen M. O. r. d. über die Notwendigkeit der Erhebung eines Extrabeitrages wurde beschlossen, für die Monate Januar und Februar einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro Monat von den männlichen Mitgliedern zu erheben. Nachdem noch ein Komitee für die Silberfeier gewählt worden, fand die Versammlung gegen 11 1/2 Uhr ihr Ende.

Vorkaufsrecht der Finanzbehörde auf Grund des Reichsbedelungsgesetzes.

Nach § 4 des Reichsbedelungsgesetzes vom 11. August 1918 hat das gemeinnützige Siedlungsunternehmen, dessen Aufgaben in Lübeck von der Finanzbehörde wahrgenommen werden, ein Vorkaufsrecht auf die in seinem Bezirke gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke im Umfang von 25 Hektar aufwärts oder auf Teile von solchen Grundstücken.

Nach § 7 dieses Gesetzes beträgt die Frist zur Ausübung dieses Vorkaufsrechts drei Wochen von dem Tage ab, an dem der Vorkaufsberechtigte die Mitteilung des Eigentümers oder des Dritten von dem Inhalt des zwischen ihnen geschlossenen Vertrages empfangen hat. Ist das Grundstück oder der veräußerte Teil größer als 200 Hektar, so beträgt die Frist sechs Wochen.

Die Innehaltung dieser festgesetzten Fristen zur Ausübung des Vorkaufsrechts wird praktisch meist unmöglich sein, wenn der umständliche Weg über Senat und Bürgerschaft beschritten werden muß. Dadurch können dem Staat Gelegenheiten, günstige Landankaufe für Siedlungszwecke zu machen, entgehen.

Um dem zu begegnen, stellt der Senat, einem Antrage der Finanzbehörde folgend, zur Mitgenehmigung der Bürgerfraktion: daß die Finanzbehörde ermächtigt werde, in ihr geeignet erscheinenden Fällen das Vorkaufsrecht nach § 4 des Reichsbedelungsgesetzes vom 11. August 1918 auszuüben, und daß der Finanzbehörde für diese Zwecke die Summe von 1.000.000 Mk. aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde.

Jungsozialistische Vereinigung. Morgen, Donnerstag, 16. Dezember: Uebung zur Weihnachtsfeier, Mandolinen, Gesänge sowie Reklamationsmaterial mitbringen. Anfang 7 1/2 Uhr im

Arbeitersekretariat, Johannisstr. 48. Genossinnen und Genossen, erscheint alle. Es gilt, unser Können zu zeigen für das Gelingen der Feier.

Dem Wild- und Geflügelhändler Heinrich Scheel in der Düxstraße ist der Handel mit Wild, Geflügel und Lebensmitteln, der ihm im Juni vom Landesversorgungsamt verboten wurde, wieder erlaubt worden.

Stadttheater. Am Donnerstag findet die Erstaufführung von „Hedwig“ statt. Freitag wird „König für einen Tag“ zum ersten Mal wiederholt. Sonnabend kommt das diesjährige Weihnachtsmärchen, „Nips der Nips“ zum ersten Male zur Aufführung. Abends wird „Die Nibelungen“ auf vielfachen Wunsch wiederholt. Auf die Aufführung des Lustspiels von Max Wegger, „Nichts als Ueberredungen“, im Kolosseum, weisen wir hin.

Erhöhung der Theaterpreise. Die Direktion schreibt uns: Die Preise des Lübecker Stadttheaters sind im Vergleich zu den Eintrittspreisen anderer Theater, und nicht nur der größeren, sehr gering bemessen. So bewegen sich die Preise von Weimar zwischen 4.— und 30.— Mk., in Kiel sind sie fast ebenso hoch. Durch die allgemeine Teuerung ist die Bühnenteuerung zu weit größeren Ausgaben gezwungen, als dies im voraus angenommen werden konnte, und eine Erhöhung der Eintrittspreise für die zweite Hälfte der Spielzeit ist ein Gebot der Stunde. Die vorgenommene Erhöhung ist jedoch so gering angelegt, daß sie für den einzelnen Besucher kaum ins Gewicht fallen wird. Sie beträgt im Durchschnitt 10 Prozent. Im Schauspiel sind die einzelnen Gruppen um 20 bis 30 Wfr. erhöht, in der Oper um 30 Wfr. bis 1,40 Mk. Mit den Tagespreisen erhöhen sich die Preise der Abonnementsgruppen, die Erhöhung für die zweite Abonnementhälfte beträgt 5.— bis 19.— Mark.

Der Silberbühnenabend am morgigen Donnerstag bringt Klänge von der Moskante und einen Lichtbildvortrag über Gorch Kock sowie Vorlesung aus seinen Werken durch Mitstreiter der Plautdiitschen Volksgilf, endlich auch einen lustigen Spielfilm „Der Tawendlinkler“. Beginn 7 1/2 Uhr. Vorverkauf nur an der Stadthallenkasse 4-8 Uhr.

Necke i. Lübbchen. Ein Großfeuer brach heute vormittag gegen 7 Uhr auf dem Gewese des Gemeindevorstehers Emil Süße hier aus. Die Flammen griffen mit unheimlicher Schnelligkeit um sich und verzehrten das umfangreiche Gewese bis auf die Grundmauern. Zum Glück konnte das Vieh gerettet werden. Auch von dem Mobiliar wurde ein großer Teil geborgen, dagegen sind sämtliche Futtermittel und die noch vorhandenen Erntevorräte leider mit verbrannt. Die Feuerwehren von Hamberge, Necke, Niendorf, Groß-Wesenberg waren sehr rasch zur Stelle und griffen tatkräftig ein. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt, man vermutet Brandstiftung. Der Verdacht hat sich auf einen 12-13jährigen Fährgegendling aus Lübed gelenkt, der dort untergebracht war. Ueber das sind nur Vermutungen, für die im Augenblick jeder Anhaltspunkt fehlt und es ist nur zu wünschen, daß sie sich nicht bestätigen.

Angrenzende Gebiete.

Hlensburg. Wohnungsaufwände u. d. r. Die städtischen Kollektoren nahmen die Wohnungsaufwände an. Jede Familie darf nur so viel Wohnräume benutzen, wie sie Vitallieder hat plus ein Zimmer. Jedes weitere Zimmer wird besteuert, und zwar ein Zimmer mit 100 Mk., zwei Zimmer mit 300 Mk., drei Zimmer mit 700 Mk., vier Zimmer mit 1500 Mk. und jedes weitere Zimmer mit 1500 Mk. jährlich. Ferner wurde eine Erhöhung der Straßenbahngebühren angenommen. Der höchste Fahrpreis beträgt jetzt eine Mark.

Neueste Nachrichten.

Mahregeln zur schärferen Erfassung des Brotgetreides.

M. Berlin, 15. Dezember. Wie die „B. Z.“ hört, hat die preussische Regierung einen Erlass herausgegeben, durch den die Provinzialbehörden aufgefordert werden, mit größerer Entschiedenheit als bisher die Verordnung auf Ablieferung von Brotgetreide zur Durchführung zu bringen. Wo erforderlich, soll auf Anordnung der die Requisitionen vornehmenden Kommission der notwendige Nachdruck durch die bewaffnete Macht gegeben werden. Abteilungen der Sicherheitspolizei sollen jeweils innerhalb des Wirkungskreises der Kommission so bereit gestellt werden, daß sie, sobald es nötig sein wird, in Lastautos in kürzester Zeit zur Stelle geführt werden können.

Sämtliche Berliner Hotellküchenbetriebe geschlossen.

M. Berlin, 15. Dezember. In einer Versammlung des Vereins Berliner Hotellbesitzer wurde gestern der Beschluß gefaßt, daß sämtliche Küchenbetriebe sofort reiflos zu schließen sind. Zugleich wurde die Absendung einer Depesche an den Verbandsvorsitzenden nach Hannover beschlossen, in der der Verband gebeten wird, sofort die nötigen Schritte zu veranlassen, um unverzüglich die Schließung aller Betriebe im ganzen Reich herbeizuführen.

Kommunistenverhaftungen in Böhmen.

M. Berlin, 15. Dezember. Wie die „Notz Fahn“ aus Reichenberg meldet, wurden in Radno 67 Kommunisten verhaftet und nach Prag eingeliefert. Es geht das Gerücht, daß weitere 25 Kommunisten dort ankommen sollen. In Brünn drang die Gendarmerie in eine Streikleitung ein, um die Streikleitung zu verhaften. Gelegentlich einer zum Protest dagegen abgehaltenen Massenversammlung kam es zu einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie. Zwei deutsche und vier tschechische Arbeiter wurden getötet, und außerdem ein achtjähriges Mädchen und ein zehnjähriges Knabe.

Internationaler Aufruf für die ungarischen Volkskommissare.

M. Berlin, 15. Dezember. In einem von namhaften Vertretern von sieben Staaten unterzeichneten Aufruf wird darauf hingewiesen, daß das ungarische Ausnahmegericht im Begriffe steht, zehn Mitglieder der ehemaligen ungarischen Sowjetregierung zum Tode durch den Strang zu verurteilen. Wir erheben unsere Stimme, so heißt es zum Schluß, um zum Ausdruck zu bringen, daß das öffentliche Gewissen der Menschheit sich darin einigt ist, daß es nicht zulässig ist, den im Kampfe besiegten politischen Gegner als einen gemeinen Verbrecher zu behandeln und für politische Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen!

Telegraphenstörungen durch Raubreif.

M. J. Imenau, 15. Dezember. Die Polizeiverwaltung in Imenau teilt mit, daß im Thüringer Wald der Raubreifbehang an den Telegraphenbrühen ungenügenden Schaden angerichtet hat. Wenn das raubreifbildende Wetter fortdauert, muß mit dem Zusammenbruch der meisten Telegraphenverbindungen gerechnet werden.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Weltliche Schule und Weltanschauungsschule.

(Zur Klärung der Begriffe.)

Die Reichsverfassung unterscheidet in den Artikeln 146 und 149 weltliche Schulen und Weltanschauungsschulen. Worin ist ihr Unterschied zu suchen? In den weltlichen Schulen ist der Religionsunterricht kein ordentlicher Lehrgegenstand. Das schließt mit keinem Worte aus, daß Schulkinder, die die weltliche Schule besuchen, auf Wunsch ihrer Eltern religiöse Unterweisungen außerhalb der Schule erhalten. Es liegt im Wesen der weltlichen Schule nicht, daß sie nur von Kindern besucht wird, deren Eltern aus der Kirchengemeinschaft ausgetreten sind, oder daß an ihr nur Lehrer unterrichten, die nicht mehr der Kirche angehören. Die weltliche Schule kümmert sich um diese Fragen nicht, sie ist kirchlich und religiös neutral und hat Raum für alle Kinder und Lehrende. So sind weltliche Schulen auch von Männern und Frauen von verschiedenen Richtungen gebildet worden, z. B. in England von den frömmsten Sekten gerade aus religiösen Gründen.

Die Verfassung spricht ferner von Weltanschauungsschulen. Vereinigungen zur Pflege gemeinsamer Weltanschauungen werden in Art. 187 grundsätzlich den Religionsgemeinschaften gleichgestellt, und sie können unter bestimmten Voraussetzungen — wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten — die Rechte einer öffentlichen Korporation erwerben. Während die Religionsgesellschaften ein gemeinschaftliches Glaubensbekenntnis haben müssen, pflegen jene Vereinigungen eine von dem Glauben an etwas Uebermenschliches, besonders an einen persönlichen Gott losgelöste Weltanschauung. Es können also Weltanschauungsvereine der Freidenker, der Religionslosen usw. entstehen, und sie haben dann auch das Recht, genau so wie Angehörige eines bestimmten Bekenntnisses, innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihrer Weltanschauung einzurichten. Sie sind genau wie die andern an die Bestimmungen von Art. 146 Abs. 2 gebunden, die ein zukünftiges Reichsgesetz genauer auszuführen hat. Eine Schule also, die grundsätzlich nur Schüler aus der Kirche ausgetretener Eltern aufnimmt, an der nur Lehrer unterrichten, die nicht mehr einer Kirchengemeinschaft angehören, eine Schule, die bei ihrer Errichtung und Gründung usw. bewußt religionsfeindliche und kirchengegenwärtige Agitation treibt, fällt nicht unter den Begriff „weltliche Schule“, sie ist die Weltanschauungsschule der Religionslosen.

Es wäre zu wünschen, daß die öffentlichen Erörterungen von nun an die beiden Begriffe „weltliche Schule“ und „Weltanschauungsschulen der Religionslosen“ deutlich auseinandertreten lassen.

Ueber den Staatsbankrott.

Die Geschichte ist zwar nach sozialistischer Auffassung eine ständige Weiterentwicklung auf der jeweiligen wirtschaftlichen Grundlage, wo aber in den verschiedenen Geschichtsepochen diese wirtschaftliche Grundlage ähnliche Formen zeigt, da findet sich auch in den politischen Gestaltungen eine mitunter überraschende Uebereinstimmung. Im Müller-Verlag hat E. Morhardt soeben ein Buch „Mirabeau“ herausgegeben, in dem wir die Reden, die der große französische Staatsmann in den Tagen des Juni bis Oktober 1789 gehalten hat, lesen. Seine Ausführungen beschäftigen sich in erster Linie mit der trostlosen Gestaltung der Staatsfinanzen, die auf einen Bankrott zusteuern. Es war im Parlament ein Antrag eingebracht worden, der verlangte, daß alle Bürger zur Tragung der Steuern herangezogen und alle Güter unterschiedslos belastet würden. Hiergegen findet Mirabeau die folgenden, auch für unsere Zeit nur zu berechtigten Einwendungen:

„Die Steuern können nicht gleichmäßig von allen Bürgern getragen werden, denn nicht alle Bürger besitzen dieselben

Mittel, dieselben Fähigkeiten, und sind infolgedessen nicht verpflichtet, gleich den anderen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sache beizutragen. Alles, was man verlangen kann, ist, daß sie ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend besteuert werden. Dann gibt es noch jene besitzlose Bürgerklasse, die nur ein Existenzminimum hat und infolgedessen völlig steuerfrei sein muß.“

In jenen Tagen schwilt — ganz wie bei uns — die Notensflut in ungeheurer Weise an, und die Schulden der den Staat zu verfallenden. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. Oktober 1789 prägt Mirabeau das Wort: „In jeder Beziehung lastet jedes Papiergeld das Vertrauen und die nationale Freiheit an; es ist die umlaufende Pest.“

Zur Beseitigung der Steuerpflicht, die man also auch schon damals kannte, und zur Verhütung des Staatsbankrottes schlägt Mirabeau folgendes Mittel vor:

„Ich werde zu jenen sagen, die sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, den öffentlichen Verpflichtungen nicht nachzukommen aus Furcht vor übertriebenen Opfern, aus Furcht vor ungeheuren Steuern: Ist der Bankrott nicht die grausamste, ungerechteste, und ungleichmäßigste aller Steuern? ... Meine Freunde, hören Sie ein Wort, ein einziges Wort! Zwei Jahrhunderte Unterschlagungen und Räubereien haben den Abgrund vertieft, den das Königreich verschlingen wird. Dieser Abgrund muß ausgefüllt werden. Hier ist die Liste der französischen Besitztümer. Wählen Sie unter den Reichsten, um wenige Bürger zu opfern, aber wählen Sie! denn muß nicht eine kleine Anzahl vernichtet werden, um die Volksmassen zu retten?“

Mirabeaus Hoffnung auf eine Gesundung der Staatsbilanzen erfüllte sich nicht. Die Verschuldung nahm einen immer größeren Umfang an. Die französische Revolution, deren Charakter als Revolution nach den blutigen Unruhen in Paris und Versailles namentlich von Mirabeau gefeignet wurde, nahm schnell einen Verlauf, der zur Schreckensherrschaft führte, bis der Diktator Napoleon der Freiheitsbewegung des dritten Standes ein blutiges Ende bereite.

Verschollene geschichtliche Schätze.

Verschollene Schätze spielen in der Phantasie aller Nationen und Zeiten eine große Rolle, und vielfach sind es natürlich lustige Phantome, denen nachgejagt wird. Es gibt aber auch hochverehrte, geschichtlich sozusagen altrennig festgestellte Schätze, die zu heben trotz der größten Anstrengungen noch nicht gelungen ist. Die wichtigsten dieser historischen Schätze stellt Albert G. Krueger in der bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ zusammen.

An erster Stelle steht der Schatz des Salomonischen Tempels. Nach der Eroberung Jerusalems ließ Titus den fabelhaften Schatz Salomos, alle goldenen Kandelaber, die mit Edelsteinen geschmückten Brustschilde der Hohenpriester, die mit Brillanten, Perlen und anderen Kleinodien gefüllten goldenen Kränzen und zahlreiche Wichtige Gefäße nach Rom schleppen. Wohl niemals ist von irgendeinem Eroberer eine größere Kriegsbeute fortgeführt worden. Der Schatz blieb ungestört in Rom, bis der Gotenkönig Alarich ihn nach Carcasonne verschleppte. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Die Schätze sollen so tief vergraben sein, daß weder die Westgoten, noch die Sarazenen oder Franken zu ihnen gelangen konnten. Bei neueren Nachgrabungen, die mit großem Eifer betrieben wurden, ist man auf riesige unterirdische Gewölbe gestoßen, deren Gänge so zahllos sind, daß bisher eine systematische Nachforschung noch nicht möglich war.

Eine andere reiche Stadt der alten Welt, die schon früher dem Untergang anheimfiel, war Karthago, das sich nach der Zerstörung durch die Römer zu neuer Blüte entwickelte. Als die Vandalen nach der Plünderung Roms sich in Nordafrika festsetzten, brachte Genesich die ungeheuren Schätze, die er in Statten erbeutet hatte, nach Karthago, und dort sind sie seit seinem Tode verschwunden. Bereits die Araber haben 200 Jahre später danach gesucht, aber das alte Karthago bedeckte eine große Fläche, und so würde ein planmäßiges Suchen nach den Schätzen ein Vermögen verschlingen.

Aus der römischen Kaiserzeit stammt auch der Schatz des Julians = Apostate, nach dem jetzt wieder von den Franzosen gefahndet wird. In Paris befindet sich ein Häuserblock, der genau auf demselben Platz steht, auf dem sich einst der Palast des Kaisers Julian befand. Unter der auf den Ruinen des Bauwerkes erbauten Abtei Cluny befinden sich noch namhafte Grundmauern der römischen Architektur, so die ausgedehnten Wände, die von den Lebten als Weinteller benutzt wurden, Ueberreste eines großen Schwimmbassins mit den Nischen, in denen die Patrizier auf den Ruhebetteln lagen. Unterhalb dieser Räume vermutet man den Schatz, den der Kaiser nach zeitgenössischen Berichten hierher schleppen ließ und der ungeheure Reichthümer enthalten haben soll.

Viele Gelehrte haben sich bereits mit den Schätzen der Päpste in Avignon beschäftigt, und man glaubt so festzustellen an das Vorhandensein dieser Kostbarkeiten, daß reiche Franzosen für die Untersuchung des Bodens von Avignon bereits gewaltige Geldmengen geopfert haben. Leider ist unbekannt, wo die Schätze lagern, und der sehr feine Boden Avignons erschwert die Untersuchung. Die Schätze ruhen nach alten Berichten sehr tief unter der Erdoberfläche. Der Glückliche, der sie heben könnte, würde nicht nur die kostbaren Kleinodien, die seltensten Geschmeide und Münzen finden, sondern auch hervorragende Kunstwerke und wichtige Dokumente zur Papstgeschichte.

Ein ebenfalls geschichtlich durchaus einwandfrei festgestellter Schatz, um den ein geheimnisvoller Zauber gesponnen ist, ruht in einer völlig unberührten, heute ausgestorbenen alten Stadt Indiens. Er ruht in der Moschee des Schahamets = Jung zu Murschidabad, der einstigen Hauptstadt Bengalen. Diese einst glänzende Metropole ist heute ein Ort der Trostlosigkeit und der Verödung; die halbzerfallene Moschee noch immer ein wundervolles reichgeschmücktes Bauwerk, deren Mauern den Jahrhunderten getrotzt haben. Bereits vor 100 Jahren verlor die Engländer Nation mit zehn Arbeitern den Schatz zu heben; aber bereits am Tage nach dem Beginn seiner Untersuchungen fand man die Körper der elf Männer steif und tot auf dem Fußboden der Moschee liegend. Vor zehn Jahren nahmen einige mutige Bengalen, direkte Abstammlinge des einst hier herrschenden Fürsten, den Versuch wieder auf; aber auch sie fand man bald darauf tot in der Moschee. Die Eingeborenen glauben natürlich, daß mächtige Geister über den Schatz wachen und jeden erwürgen, der sich ihm nähert. Wahrscheinlich aber leben hier gefährliche Schlangen und giftige Ratten, deren Biß die unglücklichen Schatzsucher erlagen. Englische Ingenieure haben jetzt die Schatzkammer wieder aufgenommen und hoffen mit den modernsten Werkzeugen aller Gefahren und Schwierigkeiten Herr zu werden, die den Schatz von Murschidabad, dessen Wert man auf 200 Millionen Goldmetz schätzt, bisher unzugänglich machten.

Arbeiterbewegung.

Aus den Verbänden. Die sprunghafte Vorwärtsentwicklung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer und besonders die sich geradezu überfüllenden Lohnbewegungen hatten es seit Jahresfrist unmöglich gemacht, die Funktionen des Verbandes zusammenzubehalten. Mit Rücksicht auf eine Reihe wichtiger Fragen ließ sich aber eine solche Zusammenkunft nicht mehr länger hinausschieben, und deshalb hatte der Verbandsvorstand die Funktionen auf den 6. und 7. Dezember nach Berlin geladen. Die von 115 Funktionären besuchte Konferenz, darunter zwei Vertreter aus dem Saarstaat und ein Schiffahrtsangehöriger aus Wien, befaßte sich in der Hauptsache mit Organisations- und Verwaltungsfragen. Der Verbandsvorsitzende Kieße gab zunächst einen Ueberblick über den Stand des Verbandes. Die Werbekraft des Verbandes ist immer noch nicht erschöpft. Nach den Berichten aus dem Lande wird auch das vierte Quartal mit einer Mitgliederzunahme abschließen. Alle Angriffe, sowohl von links durch die Unionisten und Syndikalisten, wie von rechts, besonders von den Christlichen, wurden erfolgreich abgelehnt, so daß heute in Deutschland nur eine Berufsorganisation der Maschinenisten und Heizer, der Zentralverband, besteht. Nach einer sehr eingehenden Aussprache, in welcher ganz besonders die Frage der Industrieverbände eingehend besprochen wurde, stimmte die Kon-

Sirene.

Eine Sirene- und Höhlengeschichte von L. Starklof.

12. Fortsetzung.

Hätten die ersten Tage auf Schloß Oberstein nur mehr ähnliche Nachfolger gehabt, dann wäre es noch auszuhalten gewesen. Da gab es doch Ereignisse, Menschen von allerlei Art, Abenteuer mit bunten Farben! Herrschte in den fremdartigen Genüssen auch einige Bitterkeit vor, so war der Geschmack doch pikant. Jetzt aber kam eine ganz elende Zeit, deren eintöniges Grau selbst zum Anstreichen einer Hundehütte zu schlecht gewesen wäre. — Als Sirene am nächsten Morgen zur Tante hineintrat, suchte sie anfangs umsonst, so vergaben war die kleine Dame in ein Gebirg von Wäldern, die am Boden umherlag — sie sah mitten darin. — Ja, mein liebes Kind — verstehe sie auf den Bewunderungsruf der Nichte — so ein armes Hübschle wie ich muß sich gar weidlich durchs Leben plagen. Wie wollt' ich sonst mit meiner kleinen, elenden Stifthebung ausreichen! Der Graf gönnt mir die freie Wohnung hier im Schloß, dafür bin ich ihm sehr dankbar und lorge auch bestens für seinen Vorteil; aber mit so kleiner Einnahme vom Anfang des Jahres bis ans Ende zu kommen — das will herausgeredet sein! Da heißt es jeden Kreuzer umdrehen! Reiche Leute wissen nicht, wie armen Leuten elend zumute ist; deswegen haben sie auch kein Herz im Leibe. Jetzt liegt vollends alles auf mir, da die Walbunge sich den Arm mit kochendem Wasser verbrannt hat. Es wäre ganz hübsch, wenn Sie mir ein bißchen zu Hilfe kämen.

Damit reichte sie ihr ein Duzend Handtücher, welche noch zu zeichnen waren.

— Eine Hofdame?! Handtücher zeichnen! — Diesen Verzweiflungsschrei gegen die Tante auszusprechen, hatte Sirene zwar keinen Mut, aber in ihrer Seele schrie er ganz laut.

Sie nahm das Patet mit der Antwort: versuchen wolle sie es zwar, aber es werde gewiß nichts Gutes daraus, denn solche Arbeit sei ihr noch nie vorgekommen. — Das sind die Folgen — sagte die Tante, indem sie aus ihrem Gebirg aufstieg und ein Bündel Vorhänge und Bettlaken mit sich durchs Zimmer schleifte. — wenn die Kinder so vornehm erzogen werden. Zu meiner Zeit hab' ich manche Komödie gekannt, die recht ordentlich das Kochen lernte. Das gab nachher tüchtige Hausfrauen, die konnten Güter verwalten und hielten ihre Familien aufrecht. Davon ist aber jetzt nicht mehr die Rede, sondern Tanzen und Klavier spielen die Hauptsache! Die Mädchen verdammen in Putz und Käfiggarn — da gerieten sie dann natür-

lich auf böse Gedanken und hüme Streiche. Hinterdrein haben wir dann die Reue und das Lamento.

Dieser letzte sehr direkte Stich ging freilich tief, und Sirene zuckte heftig dagegen auf; indessen ließ sie ihn doch still verbluten und ging auf ihr Zimmer. Sollte sie auch mit der Tante zanken? Es gab schon Hader und Bitterkeit genug in dem armeneligen Nest. Und alles hätte so nahe aufeinander, daß man auch jedes Wort hörte. Die Stunden verfließen mit kleinerer Trägheit. Sirene sah oft lange an ihrem Fensterchen — sie kam sich vor wie ein anfänger Vogel — und blühte über das ideo Gebirge hin. Da fuhr kein Wagen, da kam kein Reiter. Ach, was hätte sie darum gegeben, einmal wieder eine Eskadron Husaren zu sehen! oder eine vergoldete Sänfte! — einen Käufer mit Federbusch und lederner Schürze — ein Haus mit eisernen Altanelländen und leibenen Fenstergerändern! — Nichts. Nur hier und dort schlich ein mit elenden Rufen bespannter Karren durch irgend einen Hohlweg; einzelne Leute arbeiteten auf ihren Feldern. Sirene bogriß gar nicht, wie die Menschen sich nur so quälten mochten, um dergleichen lanaweitige, gleichgültige Existenzen mit Grundbitten und laurer Mühe hinzuhalten. — Die Sonne brannte auf ihr Fenster mit verlegendem Strahl, es war so schwül im kleinen Zimmer; und doch durfte sie nicht einmal eine Türe öffnen, denn aus der Küche zog eine Rauchwolke durchs ganze Haus — es war zum Erstickeln! — Die Bücher, welche sie mitgebracht hatte sie schon alle gelesen. — wie tief sich hier etwas Neues finden? Die ganze Schloßbibliothek beschränkte sich auf die Chronika „von der kiliaen Stadt Adlen“ — den zweiten Band von „Hont'eims lateinischer Geschichte des Erzstums Trier“ — „Kreydemanns Tractatus von des teutschen Adels Staat, Stand, Ehren, Würde, Freiheit, Recht und Gerechtigkeith“ — „Glabov's Versuch einer vollständigen und akuraten Reichshistorie von Teuschland“ — „der Durchlauchtigsten Fürsten und Markgrafen von Baden Leben, Regierung, Großthaten und Absterben“ — „les aventures de Telémaques fils d'Ulysse“ (Die Abenteuer Telemachs, des Sohnes des Ulysses) — „die heilige Posaune des Glaubens der Apostolischen Orientalischen Kirche Christi“ nebst anderen dergleichen altstaubigen Schateken, ferner Bibel, Gebetbücher, Kochbücher und ein rauchbraunes Manuskript über das Kupferbergwerk im Fühbacher Tal. — An ein Klavier war nicht zu denken. Im ganzen Flecken behaß nur der Schulmeister ein altes schwindelhaftes Spinett. Darauf hörte sie ihn einst klumpen, als sie einsam und traurig am Kirchhofen herumstrolchte. Zwischen dem Rasseln und Klappern der mühselig da unten betriebenen Fabrikarbeit kam dieser arme kranke Ton so verrückt und schwach zu ihr herauf wie ein halbzerstörtes Schmetterling. — Kennst du die Wirkung der Rauf auf ein betri... Gemüt? — O mein Gott! — Sie setzte sich auf einen Felsen — und weinte bitterlich. Hint: rein schämte Re-

sich dann wieder solcher Verzweiflung. — Was war es denn? Ihre ganze Katastrophe galt ihr ja nur für einen Uebergang. Wie lange wird sie denn hier wohl sitzen? Sie ist ja noch so jung, daß noch viele Jahre vor sich, und gewiß bessere Zeiten! In dierzehn Tagen ist sie vielleicht längst in Frankfurt oder sonst wo. — Vielleicht bei der Gräfin Dhaun? — Das ist eine Frau! — hat ja, wie sie sagt, auch nicht immer gute Tage erlebt — aber Unklarheit bildet den Charakter aus! — Ich will mich auch schon durchbeihen! — Nur muß man nicht hinsinken, sondern im Gang bleiben! — hinaus!

Sie lief in den Stall, wollte den Fuhs satteln lassen, um übers Gebirg hinauszuschweifen. — Ja, mit dem Fuhs war Schwirn schon seit einer Stunde fort, um Kartoffeln vom Aker heimzuführen oder Mehl von der Schwarzen-Mühle herauszuholen; — denn morgen, sagt die lange Katharine, soll gebadet werden. Wüen Reizegedanken! — Die Magd lachte hinter ihr drein und sagte: Die meint auch, das Brot wache fertig auf den Bäumen! Aber so schlimm ist sie doch nicht wie die hochmütige Kammerjungfer. Sagt' ich nicht a Nru zu ihr, sie möchte mir helfen Grundbirnen schälen? — wirst sie mir den Keller vor die Füße, daß die Scherben an die Wand springen, und schreit: solche Impertinenz sei ihr noch nie geboten! — Was meint die dicke Strunzel denn von sich?

Dieser innere Krieg in den unteren Räumen des Hauses war allerdings eine schlimme Mißthat der neuen Bewohner. Und hier spielte Theodosta die Rolle des Hausfahds. Heute war ihr das Bett zu schlecht, morgen schalt sie den Kaffee eine schmutzige Zichorienbrühe — dann sollten die Schweine nicht über Hof laufen! Der Pfad zur Kirche hinunter müßte doch wenigstens gepflastert und mit Geländern eingesamt werden! — Befanntlich sind bei allen Reisen und Besuchen die Kammerofen immer die schwerste Zugabe. (Chor der Damen: — o welche große Wahrheit!) Nun vollends hier, wo die Bräutestionen von der einen, die knappen Zustände von der anderen Seite schroff gegeneinander sitzen und älteren Schloßbewohner halb wie ein Meer privilegierter Turmfürsten und Rauchschwaben gegen die neuen hurtgelebten Einbürgerlinge pfliffen und pflauchen: was die vertriebenen, heraufgelassen Hofmanns denn hier zu kommandieren fätten? Sie möchten, da hier alles so schlecht sei, doch eilfertig hinziehen, wo sie es besser fänden! — Frau Walbunge hatte wohl sechsmal am Tage Veranlassung, den Schuß auszuziehen und damit auf den Tisch zu schlagen. War sie im Anfang von Theodostas Hofgelehrtesten entzündet gewesen, so möchte sie nun von der hochmütigen „Salampe“ gar nichts mehr sehen, die morgens acht Uhr noch im Bette „herumlampe“ und nachher Eiert, Trinken und alles verläßere. — Die Person muß mir wieder zum Schloß hinaus, oder ich gehe fort — aber ist keine Ruhe nicht! — Satan! — damit zog sie den Schuß wieder an.

ferenz der vorgelegten Entschädigung einmütig zu. Diese hatte folgenden Wortlaut:

Die aus allen Gauen des Reichs stark besuchte Funktorenkonferenz des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands beschließt:

In Erwägung der allgemeinen Lage der deutschen Volkswirtschaft hält die Konferenz es im Interesse der Verbandsmitglieder und der Allgemeinheit für dringend erforderlich, bei allen Lohnbewegungen jede Verhandlungsmöglichkeit voll auszunutzen, bevor die Waffe des Streiks in Anwendung gebracht wird.

Bei erforderlichen Kämpfen ist streng darauf zu achten, daß die Notstandsarbeiten von unseren Mitgliedern ausgeführt werden.

Die Konferenz legt Verwahrung dagegen ein und lehnt es entschieden ab, unsere Kollegen zu Vorparadien bei Aktionen, die von anderen Organisationen eingeleitet und geführt werden, mitzubrengen zu lassen. Die wirtschaftliche Macht unserer Mitglieder kann nur dann in Anwendung gebracht werden, wenn unserem Verbands das volle Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

In weiterer Erwägung, nur wenn alle Arbeiter der kraft-erzeugenden und verteilenden Industrie sowie das technische Personal aller Industrien und im Verkehrsgewerbe in einem geschlossenen Industrie- und Berufsverband organisiert sind, kann die Gewähr für eine geordnete und ruhige Entwicklung der Volkswirtschaft geboten werden.

Um ein geschlossenes Handeln zu ermöglichen, fordern die Funktoren die gesamten Kollegen auf, jede Organisationszerstückelung energisch und mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Ueber die Verwaltungsfragen referierte Verbandsvorstand Herr Schilling, wobei er besonders die Umwandlung von Bezirken in Geschäftsstellen und die Errichtung der Reichssekretionen behandelte. In der Aussprache wurden diese Gedanken noch unterstützt und dem Vorstand ein Antrag auf der Weg gegeben, in aller nächster Zeit gemeinsam mit dem Vorstand über die Vertragsfrage zu beraten.

Nachdem noch der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft der Elektrizitätsindustrie, Bube, ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat über die Elektrizitätswirtschaft gehalten hatte, schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband.

Wichtige Entscheidung zur tariflichen Regelung der Lehr- und Lehrlingsangelegenheiten. Die Innungen und Handwerkskammern weigern sich grundsätzlich die Regelung der Entschädigung und der Arbeitsbedingungen für die Lehrlinge in die Tarife aufzunehmen. Sie stützen sich auf die gesetzlichen Bestimmungen in der Gewerbeordnung. Die Handwerksmeister wurden in ihrer rühmlichen Ansicht noch durch ein Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 17. Oktober 1919 bestätigt. Dort wurde ausgesprochen:

Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung in den §§ 81a, 82, 93 der Innungen, in den §§ 103e, 103g, 103h den Handwerkskammern Befugnisse zugewiesen. Soweit diese Körperschaften von den Befugnissen Gebrauch gemacht haben, ist für die in ihren Bestimmungen geregelten Angelegenheiten ein Sonderabkommen durch Einzelvertrag oder durch Tarifabkommen unzulässig; für die nicht von den Vorschriften der Handwerkskammern oder Innungen erfassten Verhältnisse kann dagegen ein Tarifvertrag Platz greifen.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren bemühte sich schon seit längerer Zeit, durch Eingaben an den Reichsarbeitsminister Klarheit zu schaffen. Unterm 30. November ist ihm folgende Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium zugegangen:

„Das Reichsarbeitsministerium vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für die Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht die besonderen Stellen gesetzlich übertragenen Befugnisse hierdurch berührt werden.“

Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung den Innungen und Handwerkskammern beratende Befugnisse zugewiesen. Eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Handwerkslehrlinge ist hiernach nur insoweit zulässig, als nicht die Innungen oder Handwerkskammern zuständig sind oder als diese von ihren Befugnissen keinen Gebrauch gemacht haben.

Die bezeichnete Zuständigkeit der Innungen und Handwerkskammern beschränkt sich meines Dafürhaltens auf die öffentlich-rechtliche Seite des Lehrvertrages, die unmittelbar die Ordnung des Lehrverhältnisses, die Ausbildung des Lehrlings die Ablegung von Prüfungen, die Feststellung der Befugnisse zur Anleitung von Lehrlingen, zur Festsetzung von Lehrlingshöchstlöhnen und die Sicherheit des Zwecks der Lehrlinge an-

geben. Die Innungen und Handwerkskammern sind dagegen nicht befugt, in die rein privatrechtlichen Beziehungen zwischen Lehrmeistern und Lehrlingen einzugreifen und Vorschriften über die den Lehrlingen zu leistende Bezahlung, Vergütung oder Kostenschädigung zu treffen.

Hiernach können diese Entschädigungen auch für Handwerkslehrlinge tarifvertraglich vereinbart werden. Die tarifliche Bestimmungen treten absondern, soweit sie für die Lehrlinge günstiger sind, an die Stelle der betreffenden Bestimmungen der Einzelverträge.

Für die gewerkschaftlichen Organisationen ist nunmehr die Bahn frei, um auch für die Lehrlinge die Entschädigung und die sonstigen Arbeitsbedingungen tariflich zu erfassen. Soweit wir die Innungen kennen, werden sie auch jetzt noch alles aufbieten, um die Gewerkschaften von dieser Mitwirkung auszuschließen. Wenn sie auch gegenüber den Arbeitern nicht mehr den jüngerlichen Herrenstandpunkt hervorheben können, so werden sie jedes Mittel noch in Anwendung bringen, als unumschränkter Herrscher gegenüber den Lehrlingen zu gelten.

Der Streik der sächsischen Verarbeiter. Am Montag haben in Dresden Verhandlungen zur Beilegung des Streiks der sächsischen Verarbeiter stattgefunden. Die Verhandlungen haben bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Vertreter der Reichsregierung hatte keine Vollmacht, um positive Vorschläge zu machen, die geeignet gewesen wären, die Lohnfrage zum Abschluss zu bringen. Auf Vorschlag der Vertreter der sächsischen Regierung, unterstützt durch den Beschluß des Gesamtministeriums, soll eine Deputation, gebildet aus Vertretern der sächsischen Regierung, des Verarbeitenden Vereins und der verträglichsten Verbände, nach Berlin geschickt werden, um sich in nachdrücklicher Form für die Bedürfnisse der Verarbeiter einzusetzen. Am Nachmittag fand im Luau-Odeontheater eine Versammlung statt. Es kam der entscheidende Wille zum Ausdruck, die seit Ablauf verlorener Lohnerböhung unter allen Umständen durchzusetzen. In Dichtentheim wurde eine Resolution angenommen, in der die Verarbeiter sich erneut zu der Forderung ihres Verbandes, die die sofortige Sozialisierung des Bergbaus verlangt, bekennen.

Die Furcht der Fischweilner vor den Gewerkschaften. Die Vereinigung Deutscher Hebammen hatte zum 25. November einen Deutschen Hebammen tag einberufen. Die Vereinigung deutscher Hebammen umfaßt Organisationen, die zurzeit schon ungefähr 40 Jahre bestehen. Es handelt sich um sogenannte Standesorganisationen. Nicht selten war der Herr Kreisarzt dabei Geburtshelfer, und er gehört vielfach auch heute noch als Ehrenmitglied der Organisation an. In den letzten Jahren ist verschiedentlich versucht worden, die Organisation auf eine moderne Grundlage zu stellen. Welche Schwierigkeiten diesem Bemühen gemacht werden, zeigte deutlich ein Vorgang in der Versammlung am 25. November. Zu dieser Versammlung waren zahlreiche Einladungen ergangen an Behörden, Parlamente, Ärzte u. a., auch an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die Genossin Hanna a. zur Tagung entsandt hatte. Zahlreich waren deshalb auch die Begrüßungsansprachen, in denen mehrfach, sogar von dem Vertreter der deutschen nationalen Fraktion der Reichstagesversammlung, auf den Wert gewerkschaftlicher Organisation hingewiesen wurde. Diese Rede veranlaßte auch die Vertreterin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich zum Wort zu melden. Sie führte aus, daß für einen erheblichen Teil der Hebammen bisher die Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Organisation gefehlt haben, weil diejenigen, die ihre Hilfe den Familien in ihrer Häuslichkeit leisten, keine Arbeitnehmer im Sinne gewerkschaftlicher Organisation sind. Aber auch für diese empfahl sie den Zusammenschluß. Im gleichen Sinne sprach der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Erregt es schon im allgemainen Verwunderung, daß die Vorsitzende im Anschluß an die Begrüßungsreden zu jeder Ansprache Stellung nahm und den einzelnen Rednern Zensuren erteilte, so steigerte diese sich bei der Stellungnahme zu den Reden der beiden Gewerkschaftsvertreter. Die Vorsitzende sprach von „unerhörtem Vorgehen“. Die Redner hätten sich erst unterrichten müssen, ehe sie so „unerhört schwere Vorwürfe“ erheben. Dies veranlaßte die Vertreterin der Gewerkschaften, sich noch einmal das Wort zu erbitten, um richtigzustellen, daß Vorwürfe nicht erhoben worden sein. Sie betonte dabei, daß der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von mehreren Vorstandsmitgliedern um seine Hilfe angegangen worden sei. Der Gewerkschaftsbund dränge sich den Hebammen nicht auf.

Der Hinweis auf die Inanspruchnahme des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes durch Vorstandsmitglieder löste bei einem Teil der Versammlungsleitung und anderen Versammlungsteilnehmern sein Teil davon lag auf reservierten Plätzen, gehörte also wohl zum Vorstände) starke Entrüstung aus, die sich in Rufe: „Unerhörte! Namen nennen!“ äußerten. Ein im Saal amtierendes Mitglied forderte die Vertreterin des Gewerk-

schaftsbundes auf, zu gehen. Andere forderten energisch die Bekanntgabe der Namen. Wie später mitgeteilt wurde, will man die Namen wissen, um die betreffenden Mitglieder aus der Vereinigung auszuschließen. Ein großer Teil der Versammlungsteilnehmerinnen sollte der Vertreterin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Beifall und einige Befähigten die Zustimmung noch persönlich außerhalb des Saales.

Bemerkenswert und für die Versammlungsleitung nicht erwünscht waren im Anschluß an diesen Vorgang die Ausführungen einer Versammlungsteilnehmerin, einer Oberhebamme einer größeren Entbindungsanstalt, die seit verhältnismäßig kurzer Zeit dem Verbands der Staats- und Gemeinbedarbeiter angehört, und an der Hand reichen Materials nachwies, daß erst durch das Eingreifen dieses Verbandes die Geschäfte bessere geworden seien. In Anknüpfung an diese Ausführungen an die Leistungen der Hebammen stellen, kommen heute noch Gehälter von 125 bis 200 Mk. vor. (Die Vorsitzende warf bei Nennung eines Falles darzuweisen, die betreffende Angeklegte habe eine Einlage machen müssen.) Sie unterstrich die Notwendigkeit auf Förderung der Bestrebungen für eine gute Organisation der Hebammen.

Die Tagung hat demnach wohl den Beweis geliefert, wie notwendig die Durchsetzung der alten Hebammenorganisation mit modernem Geist ist. Nicht Standesorganisation, womöglich noch unter Vorherrschaft der Ärzte, die von den Hebammen wiederholt als Hindernis des Fortschritts bezeichnet worden sind, sondern Organisation, die sich den beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Hebammen annimmt, muß auch hier die Lösung sein.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan. Nach einem Bericht der „F. W.“ bestehen zurzeit in Japan 100 Gewerkschaften mit einer halben Million Mitglieder. Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe ist nach der amtlichen Statistik im Steigen begriffen. Der größte Teil der Streiks konnte durch Verzeile beendet werden. Das japanische Parlament wird in seiner nächsten Session die Rechte und Pflichten der wirtschaftlich organisierten Arbeiter in einem Gesetz festlegen.

Streiks in Brasilien. Von einem gelegentlichen (deutschen) Mitarbeiter in Brasilien wird dem gewerkschaftlichen Nachrichten dienst geschrieben: Streiks über Streiks, das ist der Gradmesser für den Wohlstand der hiesigen Arbeiterklasse. Und in Rio de Janeiro arbeitet die Polizei als Agent provocateurs mit Dynamit, um so die soziale Lage durch Ausweklungen von „Unbeliebten“ (Unerwünschten) und Verhaftungen in ihrem Sinne zu lösen oder zu bewahren, daß es so etwas wie eine soziale Frage nicht gibt. Auch in Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es für Brasilien eine soziale Frage nicht gibt; so erklärte erst vor kurzem der Bundespräsident: „Wir haben keine sozialen Streitigkeiten.“ Dabei sind die regierenden Herren auch hier erfolgreich am Werke, um den arbeitenden Massen zu zeigen, daß die Herrschenden und Besitzenden aus eigenem Antriebe und freiwillig für sie nichts tun und somit selbst die Atmosphäre erzeugen, aus der eines Tages bestimmt die soziale Revolution geboren wird.

Der selbe Genosse warnt auch vor einer Gesellschaft oder Firma „Escritorio das Informacoes pere os allemoes“ in Rio de Janeiro, die in ihren Prospekten vorzeigt, deutsche Auswanderer vorzuziehen und unter günstigen Bedingungen unterbringen zu können. Es handelt sich bei dieser Firma um ein Konfitorium deutsch-brasilianischer Industrieller, für das die deutschen Einwanderer leblich willkommenen Ausbeutungsobjekte sind. Mehrere brasilianische Gewerkschaft warnen übrigens vor der Auswanderung nach Brasilien.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 15. Dezember.

Kinder in Not!

Tanz — Konzert — Gesang — Theater — Die Kinder trauern um den Vater!

Reichtum — Freude — Sekt — Behagen — Die Kinder klagen!

Schlemmen — Prassen — Hazardieren — Die Kinder frieren!

Buksucht — Glanz von Edelsteinen — Die Kinder weinen!

Schieber, die auf Beute lungern — Die Kinder hungern!

Einhundert Millionen den „Majestäten“ — Die Kinder in Not!

Das Reich der Zukunft geht in Scherben — Die Kinder sterben — Verderben!

Schnell folgt der Fluch dem Kriegsverbrechen, Das jetzt vor seinen Folgen flieht, Da sich der Väter Sünden rächen Bis in das dritte, vierte Glied!

Viktor Kalinowski.

Außerordentliche Beihilfe an die Erwerbslosen.

Der 13. dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellte Betrag von 25 000 Mark zur Sonderunterstützung an längere Zeit Erwerbslose ist nicht voll aufgebraucht worden. Der Senat unterbreitet daher auf Veranlassung des Arbeitsamtes der Bürgerschaft folgenden Antrag zur Mitgenehmigung: „daß denjenigen Erwerbslosen, die bereits auf Grund des Reichs- und Bürgerstimmgesetzes vom 13. Oktober 1920 eine einmalige Beihilfe erhalten haben und die über den 1. Oktober 1920 hinaus bis zum 15. Dezember 1920 noch erwerbslos sind, aus dem am 13. Oktober 1920 bewilligten Betrage von 25 000 Mark 50 Prozent der bereits gezahlten Beihilfe gemährt werden, und daß fernerhin denjenigen Erwerbslosen, die mindestens 8 Wochen in dem dem 15. Dezember 1920 vorhergehenden 6 Monaten volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, an diesem Tage noch volle Erwerbslosenunterstützung empfangen und wenigstens einen Angehörigen zu ernähren haben, 150 Mk. und für die übrigen Angehörigen, für die sie Zuschunterstützung empfangen, je 30 Mk. gezahlt werden.“

Schöffengericht.

Wegen Schleichhandels hatte sich am Dienstag der Schlachtgehilfe Hof zu verantworten. Er hatte in Behlendorf im Anquitt ein kleines Schwein im Gewicht von etwa 45 Pfund geschlachtet und das Tier angeblich für den Verkaufspreis von 250 Mark wiederverkauft. Der Angeklagte war deswegen mit einem Strafmandat von einer Woche Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe bestraft worden. Gegen diesen Strafbefehl hatte er Berufung eingelegt. Das Gericht hielt, da ein Gewinn beim Verkauf nicht erwiesen ist, keinen Schleichhandel für vorliegend. Es erließ aber in der Handlung des Beschuldigten einen Verstoß gegen die Verordnung über die Fleischabgabe und erkannte auf eine Geldstrafe von 30 Mk. — Raffinierte Schminbler sind der Reisende M. der Entfasser L. und der Glaser G., die wegen Betruges angeklagt sind. Die Angeklagten erschienen Ende Mai d. J. in dem Gefängnis am R. an der Untertrave und trugen noch einen Woll-

Sirene konnte freilich für die alle Hausante und die plumpen Mägde keine sonderlichen Rücksichten haben, bei ihnen keine Sympathien finden. Aber wenn sie es auch hier und dort in etwas verlag, so machte sie es durch ihre Freundlichkeit doch wieder gut. Und sie erregte sich des großen Vorwurfs der Schönheit, die man selbst im Horn anerkennt. Ihre lebenswürdige Erscheinung verführte gleich alles. Die Tante, sah ihr doch immer mit heimlichem Stolz nach, und Frau Walburge sagte: Es mag nun mit dem Fräulein sein wie es will, — wenn sie herintritt, mein ich als, es kam ein Sonnenstrahl ins Zimmer; so geht mir ein Licht auf! Man kann ihr doch keine Bitterkeit böse sein!

Sie selbst hatte nicht so viel von eigenen Gedanken und Dämmen, als von Theodor's eigenem Unglück zu leiden, die nun mit Gewalt fort wollte, ihr bei Tag und bei Nacht entlag, sie solle doch treiben, Anstalt machen, ihren Verwandten keine Mühe lassen! — Wenn ich doch vor dir nur Ruhe hätte! — rief Sirene. — Nun ja! ich will eben schreiben! Bring mir Papier! Ich habe keins mehr! — Theodor'sa lief fort. Im ganzen Schloß war der Papiermangel zu Kunde. Häufig schlug sie ihr Tag um, achte nicht Regen noch Schnee, sich eben halbes Stundchen fern sie wieder, eremlos von Kaiser trübend, achte, einen Schuß hatte sie hoch hören lassen. Theodor wartete eine halbe Viertelstunde lang auf, verzweifelte Papiers auf dem Tisch. — So ein Hundeloch! Im ganzen Reich ist nicht ein hübscher Bogen Papier zu bekommen. Das einzige Stück, welches noch noch etwas hat, ist noch Herrmann und kommt erst in acht Tagen wieder. Dann, sagt keine Frau, die alle Tage, bräut' er ganz Rollen mit — so lange wußten wir uns zu helfen! — Nicht ein Blatt Briefpapier! — O, es ist um den Verband zu verlieren!

In diese Unterbrechung der Besprechungen konnte man Sirene gar nicht einstimmen. Democh schloß auch sie bei dem Ende des Mittags, verließ ihren Sitz und sah ins Herz hinein. Der Anker ist es ja, welcher den Sturm überhagen macht. — Ein Blatt Papier ist mir, die wir nur die Hand durch geschüttelt haben, eine Kiste Gold. Aber wenn die Unterbrechung so weit geht, daß man auch noch Kleinigkeit nicht mehr haben kann! —

Sirene legte ihr Wort; sie ging ans Fenster; ihre Augen waren mit einem Schloß von unheimlichen Tränen befeuchtet, aber sie schloß die Tränen, warf den Kopf zurück und sagte: Sie muß ja sein! — nur ich liebe mich eines Tages da in die Nacht hinein! — Sie sprach in leiser Stimme: — nicht mehr, wenn ich nicht mehr zu schreiben habe und nicht mehr zu schreiben kann! — Sie sprach in leiser Stimme: — nicht mehr, wenn ich nicht mehr zu schreiben habe und nicht mehr zu schreiben kann!

kräftig ertragen hatte. — Voll heftiger Zudungen waren ihre Gedanken dorthin gerissen worden, als Herr Hublag und der lange Kasai Menoch gekommen, um Abschied zu nehmen. Der letzte Schmitt, welcher sie von ihrer bisherigen Welt nun ganz losrennte. — Wie wenig hatte sie früher auf diese beiden subalternen Figuren geachtet! Jetzt gab sie ihnen so herzlich betrübt ihre niedliche Hand. Und da nun der Wagen den Schloßberg hinunter schwand — um die Ecke bog — nun ganz verschwand, — es beklemmte ihr das Herz, als wären ihre besten Freunde von ihr gegangen.

Und wirklich hatte sie Ursache, vorzüglich Menoch's Abreise zu bedauern. Der gute lange Mensch war, ohne daß sie es wußte, aus treuer Anhänglichkeit an das liebe, schöne Hofräulein bis zum letzten Augenblick stets für sie aus eifrigste bemüht gewesen. Als er zum letztenmal ihre netten kleinen Stiefelchen abbürstete, legte er ingrimmig vor sich hin: Wenn ich nur, mal dem alten Hofräulein so eine Bayette Schenkweise in den Hals gießen könnte anstatt des Champagners, den er alle Tage hineinschüttelt! Da sei er nun an des eigenen Bruders Kind wieder ein Höllenstiefel verlehrt, um seine blaunäsiges Tochter an ihren Platz zu schieben. Und weil der alte Grund immer zweimal Ja sagt, wenn es auch nur einmal weizen wird, da meint der Herzog wunders was für einen Goldfinken er an ihm hat! Ja, die Herren sollten nur einmal in die Zimmer unter den Treppen und in die Manierkammern hineinschauen, da könnten sie erfahren, wie sie beschaffen und gegangelt werden. Aber sie wollen ja die Wahrheit nicht wissen, und gerade Gott dem, welcher davon einen Witz hat!

Zwei Tage darauf bemerkte Sirene einen unangenehmen fremden Geruch in der Gegend, wo sie einen Aufbewahrungsort für ihre Schüsseln angeordnet hatte. Bei genauer Untersuchung ergab sich zu ihrem Entsetzen: die kleinen Stiefelchen waren es. Der kleine Schmitt, dem sie in die Hände gefallen, hatte es der halben Kammerdiener gemeldet; bei dem nächsten Wetter sei Schmitt's dienlicher als Wasser. — Schreit der kleine Hofräulein mit dem ein! — Tran! und eine Hofdame! —

So kamen, meine Damen? Aber denken Sie sich in Sirene's Stellung. Schon Sie nun, wie sie darauf vor dem in Paris gemachten und nun in Berlin im Hofräulein's Stiefelchen! — Schreit es mit, um ein höheres Wort in Verweisung zu bringen? Sie hielt es nicht aus mit dem Geruch des Hofweg hinunter, um ihren Herrn und dem Schmitt in den Bergen zu ver-

Fortsetzung folgt.

penbauer A., dem sie angeblich verschiedene Lebensmittel überbringen wollten. Im Laufe des Gesprächs erklärte das Kleeblatt, daß sie mit einem größeren Transport aus russischer Gefangenschaft kämen. Die Frage, ob sie noch weitere Lebensmittel im Besitz hätten, wurde dahin beantwortet, daß der Transport in Lülbeck aufgelöst und die noch vorhandenen Waren, wie Zucker, Kaffee, kondensierte Milch und Seife, möglichst an die Arbeiter eines größeren Betriebes verkauft werden sollten. Es sei möglich, daß ihr Transportführer, ein Major, der Firma A. die Waren für ihre Angestellten überlassen würde. Nebenfalls erklärten sie sich beim Fortgehen bereit, bei ihrem Transportführer dahin wirken zu wollen. Bald darauf erschienen nicht nur zwei der Anwesenden, die in Feldbau gearbeitet waren, wiederum bei A., sondern auch der ansehnliche Feldwägel des Transportes in Feldwägeluniform. Alle traten sehr militärisch auf und erklärten, von dem Major die Erlaubnis erhalten zu haben, an A. die Waren verkaufen zu dürfen. Der geforderte Preis war für die Waren, mit Ausnahme der Seife, die ganz vorzüglich sein sollte, sehr gering. Es dauerte nicht lange, da kam ein Kollwagen mit Äpfeln, worin die Seife enthalten war, vorzufahren. Die übrigen Sachen sollten folgen, sobald der inzwischen eingetretene Regen nachgelassen hätte. Die Äpfel mit Seife, die einen vorzüglichsten Geruch hatte, wurden von anderen Feldbauern, die den Wagen besetzten, abgeladen. Der Feldwägel hatte wenig Zeit und erhielt zunächst für die Seife einen Scheid über 18 000 Mark, den er noch seiner Entfernung sofort einlieferte. Zwei Feldbauern hatte der Feldwägel im Kontor bei A. zurückgelassen zum Abladen der anderen Waren, die bald eintreffen sollten. Man wartete aber vergebens. Schließlich verdurstete die beiden Feldbauern unter dem Vorwand, sich etwas Essen holen zu wollen, auf Zimmerwiedersehen. Als später die Äpfel geöffnet und die Seife geprüft wurde, stellte sich heraus, daß es ganz minderwertige Ware war, die einen Wert von nur 1000 Mark hatte. Die Firma war also um 17 000 Mark geschädigt worden. Von der Schwindeltat konnten bisher nur die drei Anwesenden ermittelt werden. M., der sich einen falschen Namen beilegte hatte, erhielt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Die übrigen beiden Angeklagten wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Altecker Volkshochschule. Das zweite Unterrichtsjahr begann am 27. September. Im 1. Unterrichtsvierteljahr fanden 72 Lehrgänge statt, die von 49 Lehrern und Lehrerinnen geleitet wurden. Der Verwaltungsausschuß hielt 9 Sitzungen ab, der Lehrerverband und der Hörausschuß traten je zweimal zu Beratungen zusammen. Die Lehrgänge verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Gruppen: Vorstufe 9, Deutsch (Literatur) 5, Weltanschauung und Bildungskritik 7, Sozialwissenschaften 11, Naturwissenschaften und Mathematik 8, Technik und Kunst 10, fremde Sprachen 22. Sie waren von 1662 Hörern und 840 Hörerinnen, insgesamt 2502 Teilnehmern belegt. Davon waren 20,2 Prozent Arbeiter, 59,9 Prozent Angestellte und Beamte, 1,7 Prozent Selbstständige, 18,2 Prozent Beruflose. Die Zahl der Eintragsnahmen, die um 1432 hinter der gleichen Zeit des Vorjahres zurückblieb, hätte erheblich größer sein können, wenn alle, die für ihre Weiterbildung Interesse haben, in den Unterrichtsplan Einfluß genommen und sich rechtzeitig angemeldet hätten. Der erste Unterrichtsabschnitt schließt am 18. Dezember, der zweite beginnt bereits am 8. Januar. Da die Schwierigkeit der Anmeldung um die Weihnachtsgzeit für viele besonders groß ist, hat die Verwaltung den Unterrichtsplan für den neuen Abschnitt sehr frühzeitig festzulegen. Er ist jedoch im Buchhandel erschienen und es empfiehlt sich, die Anmeldungen jetzt schon vorzunehmen. Wer den Weg zur Geschäftsstelle im Lehrerseminar sucht, oder dazu keine Zeit findet, kann sich unter Nennung des dem Unterrichtsplane beizugebenden Vorwands auch schriftlich anmelden. Nebenfalls müßte jeder teils schon Einfluß in den Unterrichtsplan nehmen; er ist so reichhaltig und bietet auf allen Gebieten des Wissens und der Bildung so Vorzügliches, daß jeder, was Berufs, Geschlechts oder Alters er auch sei, etwas darin findet, was ihn fördert.

Ein phantastisches Filmwerk. Ueber das in den „Stadthallen-Vorstellungen“ in der Woche vom 17. bis 23. Dezember vorgestellte große Filmwerk „Der Golem“ schreibt die „Vorwärts“ in der Nummer vom 31. Oktober 1920: „Recht haben wir den richtigen Golem, mittelalterlich und phantastisch, eine Filmgestaltung, die der Literatur oft behandelten, tief innigen jüdischen Sage wundervoll gerecht wird. Ja, das Mittelalter wird lebendig vor unseren Augen, mit all seinem Wunderglauben und seiner mystischen Verunsicherung; Astrologie und Kabbala berücken die Menschen. Wegener, sein eigener Dichter, Regisseur und Hauptdarsteller (der Golem), hat die Handlung reiflich ins Bildhafte überleitet und Szenen von höchster Einprägsamkeit, gesteigerter dramatischer Belebtheit geschaffen. Der Stimmungszauber der engen dunklen Stadt mit dem hochragenden Einangast, die unheimliche Raumwirkung der Gemächer mit ihrem Fellboden ist von Hans Poelzig mit einer Suggestivkraft gefühlt und gestaltet worden, daß diese Umwelt im tiefsten Einklang mit den wunderbaren Ereignissen steht. Den darstellerischen Filmstil trifft Wegener als der tiefste, tiefste, flumme Golem (ein lebendia verwandener Roland!) unverkennlich; in die schwere, dumpfe Masse bringt ein Bild, eine Miene gelegentlich ein Aufdämmern menschlichen Bewußtseins. Maatsoff als Beschwörer und Volksführer ist Steinbrüder als Rabbi Löw, der manchmal an Michelangelo's Moses gemahnt. Das schöne Rabbinerchlein ist Lada Salomonson. In der Massenregie ist Wegener seinem Meister Reinhardt voll gewachsen. Daß alle anderen Künste (Kostüm, Musik) verständig in den Dienst des „Golemfilms“ gestellt sind, versteht sich. Bewundernd ist der Golemfilm. Hier ist wirkliche, phantastisch-effektvolle Kunst geschaffen in der eigenartigen Form, wie sie aus der Film bietet. Sorgen wir dafür, daß der gute Film die sensationelle, große Maxikunst verdrängt und daß endlich Repertoiretheater auch für das Filmstudium erstehen.“

pb. Festgenommen wurde ein Maschinenist aus Berlin, der von der Staatsanwaltschaft in Königshagen wegen Unterschlagung stechbrieflich verhaftet wird; ferner ein hier in der Dröckstraße wohnhafter Gasenarbeiter wegen umfangreich ausgeführter Taschendiebstähle.

Angrenzende Gebiete.

Entin. Der Mieterverein hier in „Deutschland“ seine erste Generalversammlung ab. Eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder wurde aufgenommen. Der Vorsitzende berichtete über die bisherigen Arbeiten des Vereins und über die Konferenz der Mietervereine der Provinz Vorpommern. Von dieser hob er die Absicht hervor, einen Zusammenschluß sämtlicher Mietervereine der Provinz im Anschluß an den nahezu 2000 Mitglieder zählenden Lübecker Verein in die Wege zu leiten. Er betont jedoch, daß unter allen Umständen die Vereine der Provinz sich eine gewisse Selbstständigkeit der Finanzen vorbehalten müssen. Dieses werde auch von Lübeck respektiert. Der Vorsitzende wurde beauftragt, an den Reichstaa eine Resolution einzureichen, worin die Einführung einer Mietsteuer, aber für die Einführung von steuerfreien Stedlungsdarlehenszinsen. Deseleichen an den Reichstaa, Landtag und den Stadtmagistrat je eine Resolution, die sich gegen feindliche Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer erstreckt, die Einführung der neuen Grundrente dagegen dringend fordert. Diese Resolutionen werden von sämtlichen Mietervereinen Deutschlands mit rund 2 Millionen Mitgliedern gefaßt. Zum 75prozentigen Mietaufschlag war die Versammlung einmütig der Ansicht, daß diese nur berechtigt sei, wenn tatsächlich fortwährende Reparaturen gemacht würden. Die Mietervereine fordern daher: Abrechnung vom Unkosten- und Reparaturkostenzuschlag. Darauf wurde der Antrag eingebracht, beim Wohnungsamt Entin vorzulegen zu werden, damit baldmöglichst Mitglieder des Vereins als Mitglieder in dieses aufgenommen werden.

Hamburg. Moskauer Methoden. In einer seitens der Rechtsunabhängigen im großen Saale des Gewerkschaftshauses einberufenen öffentlichen Versammlung hätte man wieder einmal Gelegenheit, aus eigener Anschauung die Methoden der „Diktatur des Proletariats“ kennen zu lernen, die hier wahre Orgien feierte. Die Rechtsunabhängigen hatten sich zu dieser Versammlung Wilhelm Dittmann als Referenten kommen lassen. Schon lange vor Beginn der Versammlung fand sich vor dem Saaleingang eine Gruppe von Kommunisten sowie gleichgesinnter Erwerbsloser ein, die mit Gewalt die Kasse und Türkontrolle übertrangen. Mit großem Hallo wurde dann erst Bergmann und darauf Dittmann von den kommunistischen Rabauzgeiern empfangen. Als B. dann, ohne sich um die wilden Zwischenrufe zu kümmern, Dittmann das Wort erteilte, entstand ein ungeheurer Lärm. Man pöbelte und schrie Dittmann und seine Parteigenossen am Vorstandstisch an, gestikulierten wild durcheinander, warfen D. einen Streik vor die Füße und dergleichen mehr. Die „revolutionäre“ Masse stürmte die Bühne, schlug zunächst auf Bergmann ein und stürzte ihn sodann von oben herunter. Ein anderer Trupp drang in der linken Ecke des Saales auf Dittmann ein, den sie dann mit Häkchen bearbeiteten. Die Rechtsunabhängigen verließen darauf sofort den Saal und die kommunistische Miliz übernahm die Führung. Pausen und Urhans bestiegen die Rednerbühne, um das soeben beendete Werk „neulich“ zu krönen. Denn jetzt war die beste Gelegenheit, auf Dittmann (der längst den Saal verlassen hatte), auf geistlichem Gebiet die Waffen zu kreuzen. Zum Schluß richtete dann der Vorsitzende an die Versammlung die Aufforderung, auch künftig, genau wie heute, auf dem Posten zu sein. Mit einem dreifachen Hoch auf die dritte Internationale schloß die „imposante“ Versammlung. Man hatte wieder einmal einen „glänzenden“ Sieg zum Nutzen des Kapitals errungen.

Hamburg. Die ersten englischen Kohlen sind aus Newcastle nach hier abgegangen. Man hält durch das Nachgeben des englischen Kohlenkommissars in London die Frage für grundsätzlich gelöst und glaubt, daß die deutsche Schiffsahrt und die Industrie an der Wasserfront nunmehr wieder die lang entbehrten englischen Kohlen erhält. Der Preis dürfte sich auf 90 Sch. die Tonne stellen und kommt dem Preise der amerikanischen Kohle gleich. Bei dem heutigen Kurs von 253 Mk. für 1 Pfund Sterling wird sich die Tonne englische Kohle auf etwa 1140 Mk. stellen. — Im Streit erschaffen. Am Sonntag spielte sich in der Galtwirtschaft von Scharff am Giedel ein blutige Szene ab. Scharffs Nichte, eine Frau Waihauser, und deren Mann, der Eisenbahnschaffner ist, waren als Helfer im Wirtshausbetriebe zum Sonntag bestellt. Als Scharff nach einer Ruhepause erwachte, war er sehr mürrisch. Es kam zu einem Streit zwischen ihm und den Eheleuten W., in dessen Verlaufe er einen Revolver hervorholte, von einem Gast gegen eine Schuld in Pfand genommen haben will, ergriff und dem Eisenbahnschaffner eine Kugel durch den Hals schoss. W. starb bald darauf.

Hamburg. Der „Pranger“ vor Gericht. Vor einiger Zeit wurde gegen die Herausgeber und Verleger des „Pranger“, Organ der Kontrollkommission, Frau R. Guttman als verantwortliche Redakteurin, Ehrenfried Wagner als Mitarbeiter und Andriessen als dem Drucker des Blattes vor dem Schöffengericht verhandelt. Das Gericht kam damals auf Grund der Beweisaufnahme zum Freispruch. Der Staatsanwalt legte Berufung gegen dieses Urteil ein. Jetzt hatten sich die drei Angeklagten wegen weiterer „Pranger“ verbreiteter, angeblich unzüchtlicher Schriften erneut vor der Strafkammer zu verantworten. Während der Beweisaufnahme wurde eine ganze Anzahl Zeugen vernommen, die durchwegs bezeugten, daß sie Form und Inhalt der „Pranger“-Artikel nicht als unzüchtig oder anstößig empfanden. Der gleichfalls als Zeuge geladene Pastor Seydow erklärte, daß er zwar unangenehm berührt sei von der Laune des moralischen Tiefstandes, daß er aber gegen die Form der Veröffentlichung an sich nichts einzuwenden habe. Inzwischen erklärt Frau Guttman, mit dem „Pranger“ solle in erster Linie bewegt werden, die wirtschaftlichen Interessen der Prostituierten zu vertreten, keineswegs jedoch wäre eine Förderung der Prostitution beabsichtigt. Der Staatsanwalt hob hervor, daß sich die Anklage gegen den „Pranger“ nicht gegen den tatsächlichen Inhalt, sondern gegen die Form der Veröffentlichung richte. Er hielt in dem „Pranger“ eine kommunistische Kampfschrift, betont aber, daß die Anklage nicht wegen der kommunistischen Tendenz, sondern wegen der Unzüchtigkeit und Anstößigkeit, die er in der Ausdrucksform für erwiesen hält, erhoben worden sei. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß die meisten der Schriften nicht als unzüchtig angesehen werden können, sondern teilweise als sehr ernste Abhandlungen gewertet werden müssen. Das Gericht hält jedoch in bezug auf die in den ersten Nummern des „Pranger“ unter „Intimitäten aus dem Freundehaus“ herausgegebenen Artikel den Beweis der Strafbarkeit erbracht. Andresen und Wagner wurden kostenlos freigesprochen. Frau Guttman als die verantwortliche Redakteurin wird zu 500 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 60 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Rostock. Streik der Handlungsgehilfen. Nachdem die Unterhandlungen mit den Unternehmern ergebnislos verlaufen sind, beschloß eine von über 1000 Handlungsgehilfen beschickte Versammlung einstimmig, in den Streik zu treten. Der Streik hat Sonntag mittags 12 Uhr eingeleitet und ist im Laufe des Nachmittags reiflich durchgeführt worden, so daß nur wenige kleine Betriebe noch offen halten konnten. 1200 Personen sind daran beteiligt. Auch in Wismar wird gestreikt. Die Städte Güstrow und Schwerin sollen erst im geeigneten Augenblick in den Streik einbezogen werden, obwohl auch dort Streikbeschlüsse vorliegen. Eine Ausdehnung des Streiks auf weitere Orte Mecklenburgs außer den genannten behält sich die Zentralstreikleitung vor.

Bremen. Die Bremer Metallarbeiter gegen Moskau. Vergangenen Freitag beschäftigten sich die Bremer Metallarbeiter mit dem Thema „Moskau oder Amsterdam?“ Die Versammlung stimmte nach einem Restat von Toni Sender (Frankfurt) einer Entschließung zu, in der auf das schärfste die Gründung der Moskauer-Gewerkschaftsinternationale als ein weiterer Schritt der Zerstückelung der Arbeiterbewegung verurteilt wird. Die Agitation von Moskau breche immer wieder die geschlossene Front der Arbeiter und lähme den Kampf des Proletariats. Deshalb sei es die Pflicht eines jeden, den Moskauer Bestrebungen mit allen Kräften und bei jeder Gelegenheit entgegenzuwirken.

Lüneburg. Die gefährdete „Sittlichkeit“ der Lüneburger. Die Weiterführung von Bedelinds „Büchse der Pandora“ ist dem Theaterdirektor Gilmann vom Regierungspräsidenten polizeilich untersagt worden mit der Begründung, daß die Einwohnerhaft Lüneburgs durch die Einführung in eine „bedenkliche Erregung“ geraten sei, daß die Lüneburger sich nicht länger gefallen lassen wollten, solche Gemeinheiten und Schweißereien auf der Bühne zu sehen und daß die Sittlichkeit durch die Weiterführung stark gefährdet sei. — Sonderbar ist es nur, daß gerade diejenigen Kreise, die sich am meisten über Bedelinds Arbeiten aufregen, den Hauptteil der Theaterbesucher ausmachen. Ihrer Aufregung sieht man die künstliche Wache an. Im übrigen ist gegen das Polizeiverbot Einspruch erhoben worden.

Theater und Musik.

Plattdeutsch auf der Bühne. Nachdem das Plattdeutsche von den Berufs Bühnen lange so gut wie verschwunden war, fand es eine gewisse Pflanze immer noch im Ernst-Drucker-Theater auf dem Spielbudenplatz in Hamburg-St. Pauli, freilich nur in Lokalposse als den geringsten literarischen Wert. Neuerdings hat diese volkstümliche der hamburgischen Bühnen sich auf Veranstaltung ihres Spielleiters Kuhlmann-Wells entschlossen, auch das platt-

deutsche Drama in ihren Spielplan aufzunehmen. Bisher wurden „De Wädenhoff“ von Hinrichsen, „Blubber News“ und „De Rugg Hoff“ von Stavenhagen, „Bahnmeister Tod“ und „De Fährzog“ von Bokdorf ganz vortrefflich und in häufigen Wiederholungen gegeben. Wenn sich diese Vorstellungen weiter einbüßern, so ist zu hoffen, daß das Ernst-Drucker-Theater dem niederdeutschen Drama ein dauerndes Heim bieten wird, während die bekannte Dänische Privatgesellschaft „Niederdeutsche Bühne“ auf einigen größeren hantieren Bühnen wohl gastieren darf, aber doch auch mehr als dienlich von dem guten Willen und den Spielplänen der Gastgeber abhängt. Allen Anschein nach scheidet sich das Ernst-Drucker-Theater an, seine Rolle zu übernehmen, die Fritz Stavenhagen dem Altonaer Schiller-Theater zugebadet hatte, das aber nach dem frühen Tode des Dichters, seines Dramaturgen, nicht in der Lage war, diese Bühne dauernd durchzuführen. Das Ernst-Drucker-Theater hat sich bisher durchweg an Stille gehalten, deren Wirkung bereits erprobt war. Es plant jedoch auch Uraufführungen, die in den letzten Jahren fast ausschließlich dem Bagemat Dr. Ohnforss vorbehalten waren. Das Theater wird dann freilich ebenbürtig mit gelehrlichen Gesellschaften zu rechnen haben wie die Niederdeutsche Bühne. Es wird sich dadurch aber ebenbürtig entmutigen lassen dürfen wie Ohnforss, dessen große Verdienste um die Einführung des literarischen plattdeutschen Stückes übrigens bei allen zu erhoffenden Erfolgen plattdeutscher Berufsbühnen nicht vergessen werden können. Es wäre auch sehr zu wünschen, daß Dr. Ohnforss Hingabe und Tatkraft dem von ihm vorbildlich geführtem Werk auch fern erhalten bliebe.

Eine Fuchs-Krise ist am Landestheater in Rarlsruhe ausgebrochen. Herr Intendant Stanislaus Fuchs, der langjährige bewährte Direktor des Lübecker Stadttheaters, gibt mit Schluß der Spielzeit sein Amt als Intendant des Landestheaters in Karlsruhe nach kaum einjähriger Tätigkeit wieder auf. Er hat von sich aus an zuständiger Stelle aus Anlaß des im Landestheater erfolgten Abbaus um Lösung seines Wertes nachgesucht. In einer Erklärung, die Herr Fuchs der Karlsruher Presse zugehen läßt, teilt er dazu zur Aufklärung noch mit: „Der Intendant sieht wohl ein, daß aus finanziellen Gründen ein Abbau erfolgen müsse, ihm ist aber auch zugleich klar, daß mit dem Abbau und den vermehrten auswärtsigen Gastspielen das künstlerische Niveau der Bühne sinken müßte.“ Nebenbei scheinen ihm auch — wenigstens glauben wir das aus den Berichten der Karlsruher Presse herauszulesen zu können — allerlei Anträgen und Rabalen, für welche das Theater stets eine selber nur zu fruchtbare Stätte ist, sein Amt verleidet zu haben.

Reich und Ausland.

Verfehlungen in der Reichsgeldstelle. Im Wohlfahrtsbetrieb der Reichsgeldstelle in Berlin sind, wie die N. Z. berichtet, schwere Verfehlungen aufgedeckt worden. Durch Prüfung von fingierten Anlagen ist die Wohlfahrtsstelle um 63 000 Mark geschädigt worden. Dazu kommen noch 120 000 Mark Schulden bei den Pflanzern, die nach den Büchern als bezahlt neubucht wurden. Als Schuldige wurden 4 im Betriebe beschäftigte Angestellte ermittelt, die von der Reichsgeldstelle fristlos entlassen wurden; von einer Anzeige hat man bisher abgesehen. Wie verlautet, hat die Direktion der Reichsgeldstelle sich bereit erklärt, das Defizit zu decken.

Erdbeben und Vulkanbruch in Chile. Die „Agence Havas“ meldet aus Santiago de Chile: Ein Erdbeben hat den Ausbruch des Vulkanes Sillaricu zur Folge gehabt. Mehrere Personen verloren das Leben.

Ein Mordmörder. Das Schwurgericht in Augsburg verurteilte den Maurer Junder zum Tode. Junder hatte im August seine beiden jüngeren Brüder vergiftet, um auf diese Weise in den Besitz des väterlichen Gutshofes zu kommen.

Ein dreifacher Mord ist in dem Bauernborsche K a g o w bei Wolgast verübt worden. Denktag früh wurden die Bauernhofbesitzerin Frau Knaas, deren Tochter, Frau Stocker, und ein Verwandter namens Walter Marquardt, ermordet aufgefunden. Das ein Jahr alte Kind ist verschunden. Die Wohnung wurde völlig ausgeraubt.

Verhafteter Defraudant. Der städtische Forstverwalter Scheiter in Augsburg, der öffentliche Gelder und Quittungsgelder in Höhe von 60 000 Mk., die ihm zur vorübergehenden Verwahrung anvertraut waren, unterschlagen und für sich verbraucht hat, wurde verhaftet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Verteuerung von Kaffee.

Verteuerung von Kaffee. Die Abfertigung von Kaffee in der Niederlage verzögert, weil einer der Beamten angeblich dazu keine Zeit habe. Die Wagen müssen deshalb am Bahnhf je entladen, verwoagen und der Kaffee dann von dort zur Niederlage begleitet werden. Hierdurch werden nicht nur je 50 Sack um 200 Mark verteuert, sondern der Staat muß auch hierzu einen Begleitbeamten stellen, was bei der jetzt einkehrenden, vermehrten Kaffeezufuhr notwendigerweise zu Verkehrsstörungen führen muß. Ist es wirklich nicht möglich, daß statt der vielen Begleitbeamten ein Beamter zur Niederlage geschickt wird, damit der dort den Kaffee verweigert. Warum wird die Niederlage nicht durch einen solchen Leitungsbeamten besetzt, der die Abfertigungen besser zu leiten versteht? Es ist doch nicht notwendig, daß immer ein und derselbe Beamte jahrelang 300 Mk. Nebenverdienst hat, oder sollen die schwerfälligen Beamten besonders belohnt und recht viele Beamte gebraucht werden, damit die Waren möglichst teuer und die Steuern möglichst hoch werden? E.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 14. Dezember.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		14. Dez.	18. Dez.
Holland	100 fl.	2327 1/2	2272 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1115	1072 1/2
Stockholm	100 Kr.	1457 1/2	1432 1/2
Kristiania	100 Kr.	1097 1/2	1067 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	170	170
Schweiz	100 Frs.	1177 1/2	1147 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	20 1/2	20 1/2
Budapest	100 K.	14	—
Prag	100 K.	84	84
Spanien	100 Pesetas	870	860
London	1 £	261 1/2	257 1/2
Paris	100 Frs.	440	437
Belgien	100 Frs.	467	462
Italien	100 Lire	265	265
Bukarest	100 Lei	75 1/2	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	75 1/2	74 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck	—	—	74 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Lage	Stb.
Angekommen am 15. Dezember.							
D.	D.	Herta	Kroß	Malmb	1		
D.	D.	Kanal I	Stolpmann	Gotenburg	2		

Unseren Anzeigen-Bestellern

bringen wir in Erinnerung, daß Anzeigen für die jeweilige Nummer unseres „Lübecker Volksboten“

bis vormittags 10 Uhr

in unserer Geschäftsstelle, Johannisstraße 46, aufgeliefert sein müssen, andernfalls eine Zurückstellung für die nächste Nummer erfolgen muß.

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“.

Die Bezieher unseres Lübecker Volksboten

erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß in diesen Tagen unsere Zeitungsträgerinnen mit dem

Eintaffeln des Bezugs-Betrages für Monat Dezember

beginnen werden. Wir bitten daher unsere verehrl. Bezieher, das Bezugsgeld abgezahlt bereitzuhalten.

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“.

In der geistigen Bekannmachung des Landesverordnungsamtes betr. Kohlenkarten muß es richtig heißen: die Abschnitte 15 bis 24 der weißen Kohlenkarte für Haushaltungen mit Gaslochanlagen. (11075)

Ernst Glade
Dora Glade
geb. Walther
Vermählte.
Lübeck, 11. Dezember 1920.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke sowie dem Arbeiter-Turn- und Sportverein danken herzlich.
D. O.

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Stammhalters
zeigen hochachtungsvoll
Aug. Warneke u. Frau
Lenchen, geb. Zarnow.

Disch. Transportarbeiterverband.
Ortsverwaltg. Lübeck.

Nachruf.
Am Sonntag, dem 12. d. Mts., starb unser treuer Kollege
Heinrich Viereck,
Kutscher.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 16. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Sammelpunkt der Kollegen dortselbst 2 1/4 Uhr. (11082)
Die Ortsverwaltung.

3 eiserne Dosen zu verk. (11047) Wenderstr. 15.

Schleifstein-Einrichtung u. Küche, neu bei abg. (11061) Wenderstr. 15.

Teppich (Steig) u. fast. ge. (11058) Ang. u. M. R. a. d. Sp. d. S.

Arbeiter-Kalender für das Jahr 1921. 250 Stk.
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Berühmte Kisten-Kalender
250 Stk.
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Arbeiter-Kalender
250 Stk.
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Geschenkartikel für Weihnachten!

Reiseschilderungen großer Männer
Populär-wissenschaftliche Bücher
Romane aller Art
Verschiedene Klassiker
Politische Literatur
Jugendchriften
Gerahmte Bilder
Briefkassetten
Schreibmappen
Bilderbücher
usw. usw.

haben wir teilweise in den Schaufenstern unseres Geschäftstotals in der Johannisstraße 46 zur Ausstellung gebracht und laden zum billigen Einkauf höflich ein.

Buchhandlung des Lübecker Volksboten

Lampenkörner, Uhr, Taschenrechner, Kränze, Stränge
empfehlen
A. Randt, Stockelsdorf
11091 Uhrenböcker Str. 15.

Leder
Lederabschnitt
Ersatzsohlen in halbaren
Fabrikaten
Allo Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 11088

Billige Lebensmittel
von morgen ab (11090)
Rosenstr. 12
Vandiermarkt 17b, 10, 15 und 20 M.
Bismarck- und Sandberg
zu staunend bill. Preisen.
Sachobst, Bohnen, Erbsen
Kuchen u. Feigt führt WWA Netz.

Achtung!
1 Waggon (11040)
deutscher Vollheringe
besonders a. Gintgen,
30 A, 10 Stk. A 7,50
30 A, 10 Stk. A 9,50
H. H. Holtermann,
Marktviereck 4.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Markthalle Stand 30.
Ab heute täglich großer Posten
Reis, Bohnen, Speck,
billig. H. Weiß. 11084

Leset die Arbeiter-Jugend
Jugend der Arbeiterschaft, raffe dich aus Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere auf die Zeitschrift der Jugend! Sie vertritt Deine Interessen, bringt anregende Artikel aus allen Gebieten des Wissens und der Jugendbewegung, ist reich illustriert. Sie ist die größte und verbreitetste Jugendzeitschrift, erscheint zweimal monatlich, der Bezugspreis beträgt 8.- M. vierteljährlich, einzeln 60 Pf. Zu bestellen bei allen Postämtern, Parteibuchhandlungen oder direkt beim Verlag der

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstraße 3.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

In der Hauptstrasse ist gegenwärtig

grosser Betrieb.

Verschiedene Geschäfte gleichen einem Taubenschlag und machen Bombengeschäfte.

Sie inserieren aber auch fortlaufend und ohne Unterbrechung.

Wann inserieren aber Sie?
Wollen Sie am Jahresschluss wiederum erkennen, dass Sie es nicht richtig verstanden haben?
Der Lübecker Volksbote nimmt Inserate bis 10 Uhr vormittags entgegen... Eilen Sie!

Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Britetts
Holz u. Torf
empfiehlt
Piehl & Fehling
Kohlen-Abteilung
Kontor: Mühlenstr. 48.
1088
Fernruf: 988
494
11093

!! Gelegenheitskauf !!
Über 1 Million Zigaretten! Bis 50% billiger
die bekannten engl. Marken Oro, OB. Billy, Blue Boys, Madium 1000 Stk. nur Mk. 320.—
um.
Dreieck. Fabr. rein or. hellg. Lital (Händer, 40 u. 60 A) mit Golom. Wille nur Mk. 170.— Engl. Wille Navy Cut 490—490 M.
T u. S. Wille 440-450 M. Regiment Wille 400-410 M.
Offerte an Wiederverkäufer. (11092)
Grundmann, Großhandl., Schlüsselbuden 32. Tel. 418.

Schulrängel und Hosenträger
(starke Sattlerarbeit) billig. Engelgarbe 72, I. (11057)

Fährt er oder sie Rad, dann als das Beste zu
Weihnachten:
Philag-Lichtmotor
Stets kostenloser, eigener Strom. Antrieb an der Felge, nicht am Pneum.
fein elektrisch!
Dazu das Billigste.
Zu haben in allen Fahrradhandlungen.
PHILIPPS A.-G. FRANKFURT A.M. RÖDELHEIM.
11071 Gruns und frei: Drucksache „11 800“

Der Neue-Weit-Kalender für 1921
ist in bekannter guter Ausführung erschienen.
Preis Mk. 2.25.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Zeitgemäße Brochüre.
In unserem Verlage ist erschienen:
Die Weisen von Zion.
Das Buch der Fälschungen.
An den Tag gebracht von Otto Friedrich.
Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Der wiederauferstandene Götze. — Der Zarenspiegel. — Die verächtlichen Knöpfe. — Der internationale Dichtapier als Schurke. — Jüdische und Ostjüdische Moral. — Märchen eines antijemittischen Bozars. — Das gelobte Land in Ungarn und Galizien. — Die exorbitante Front. — Der verkleumdete Nebel. — Die jüdischen Eisenbahnen. — Brinkel. — Des Rätsels Lösung.
Preis 1,20 M. Preis 1,20 M.
Friedr. Meyer & Co.,
Lübeck, Johannisstraße 46.